

# Rathaus-Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN, MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

WIEN I, NEUES RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b - TELEPHON: B 40-5-20, KL. 1121, 1122, 1125

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 18. Dezember 1956

Blatt 2560

## Verleihung von Sportehrenzeichen der Stadt Wien

=====

18. Dezember (RK) Bürgermeister Jonas hat auf Grund eines Beschlusses des Wiener Sportbeirates die Verleihung des Sportehrenzeichens der Stadt Wien an folgende Sportler und Sportfunktionäre für hervorragende Leistungen genehmigt:

An den Radfahrer Adolf Christian für den Sieg in der Österreich-Rundfahrt 1954 und für seine besonderen Leistungen bei den Weltmeisterschaftskämpfen 1955 und bei der Europa-Rundfahrt 1956.

An den Wiener Bergsteiger Dr. Herbert Tichy, der mit seinen Kameraden Sepp Jöchler und Pasang Dawa Lama den 8.152 Meter hohen Cho Oyu-Gipfel in Westnepal bezwang.

An die Wiener Bergsteiger, deren Leistung im heurigen Jahr noch in aller Munde ist, an den Expeditionsleiter Ing. Fritz Moravec, den Arzt Dr. Georg Weiler und die Teilnehmer Julius Ratay, Richard Reinagl und Heinrich Roiss.

Für die langjährige erfolgreiche organisatorische Tätigkeit im Sport an die Herren: Heinz Clabian, Präsident des Allgemeinen Landessportverbandes Wien; Konrad Zaninot, Bundeskassier des Arbeiterbundes für Sport und Körperkultur in Österreich und Mitbegründer des Wiener Arbeiter-Turnvereines; Dipl.-Ing. Paul May, Präsident des Wiener Skiverbandes und stellvertretenden Obmann der Wiener Turn- und Sport-Union.

Die feierliche Überreichung wird voraussichtlich in der ersten Jännerwoche im Wiener Rathaus vorgenommen werden.

- - -

Spielzeuge für ungarische Flüchtlingskinder aus Düsseldorf  
=====

18. Dezember (RK) Eine von der Burgschauspielerin Hilde Mikulicz unter den Mitgliedern des Düsseldorfer Schauspielhauses angeregte Spielzeugsammlung für ungarische Kinder in Österreich brachte einen außergewöhnlich schönen Erfolg. Gestern nachmittag sind auf dem Wiener Südbahnhof drei vollbeladene Waggons mit Spielzeug eingetroffen. Sie wurden von Bediensteten des städtischen Wohlfahrtsamtes übernommen und in das Lager Kaiser-Ebersdorf zur Sortierung und Verteilung weitergeleitet.

- - -

"Das gute Bild für jeden"  
=====100.000 Schilling-Grenze erreicht

18. Dezember (RK) In der Ausstellung "Das gute Bild für jeden" in der Wiener Secession wurden bisher 27.357 Besucher gezählt. Wie überall kann auch bei dieser Ausstellung in der heurigen Weihnachtssaison das Überwiegen der Wünsche nach dem Auserlesenen und der Qualität festgestellt werden. Bis zum "Silbernen Sonntag" wurden nicht weniger als 336 Arbeiten Wiener Graphiker und Maler verkauft. Der Erlös aller Arbeiten übersteigt bereits die 100.000 Schilling-Grenze.

- - -

Fortsetzung der Budgetberatungen im Wiener Rathaus  
=====

### 3. Hauptstück: Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung

18. Dezember (RK) Die Beratungen über den Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1957 wurden heute vormittag mit dem 3. Hauptstück - Kultur, Volksbildung und Schulverwaltung - fortgesetzt.

Der Berichterstatter Stadtrat Mandl eröffnete seine Ausführungen mit dem Hinweis auf die anhaltend günstige Entwicklung unseres kulturellen Lebens. Vor allem erfreulich erscheint ihm aber die Tatsache, daß auch die heranwachsende Generation sich in die geistige Atmosphäre dieser Stadt einfügt.

#### Wiener Jugend mit gesunder Musikalität

Ein Symptom dafür haben wir vor wenigen Tagen in aller Stille erlebt, ein Symptom, dessen Bedeutung leider von der öffentlichen Meinung und im besonderen von der Wiener Presse so gar nicht entsprechend gewürdigt wurde.

Unsere Wiener Jugend hat sich wieder einmal glänzend bewährt und ihre hohe geistige Reife erwiesen. Der Film "Rock Around the Clock", zu Deutsch "Außer Rand und Band" und seine Musik "Rock and Roll" hat sie nicht außer Rand und Band gebracht und während es in vielen Städten Europas zu schweren Tumulten kam, sind solche extatische Ausbrüche in Wien ausgeblieben. Die Presse hat diese Haltung unserer Jugend leider nicht mit den gleichen Schlagzeilen belohnt, die verfügbar gewesen wären, wenn es Kravalle und Ausschreitungen gegeben hätte .

Eine Haltung, wie sie unsere Jugend in diesem Falle an den Tag legte, kommt aber nicht von selbst und es wäre falsch, sie als Selbstverständlichkeit zu nehmen; sie entspringt vielmehr der geistigen Haltung jener Gemeinschaft, in der unsere jungen Menschen leben und wir dürfen mit unserer Jugend sehr stolz darauf sein, uns unser gesundes und erfrischendes geistiges Klima,

./.

unsere ehrliche gesunde Musikalität bewahrt zu haben.

Auch ein zweites Beispiel illustriert die positive Entwicklung unseres kulturellen Lebens. Ich konnte im Vorjahr - ebenfalls anlässlich der Budgetdebatte - berichten, daß es bei Theater- und Konzertveranstaltungen im Jahre 1954 eine halbe Million Zuseher und Zuhörer mehr gab, als im gleichen Zeitraum bei sportlichen Darbietungen.

#### Mehr Besucher bei Kulturveranstaltungen als beim Sport

Nun liegen die Vergleichsziffern für das Jahr 1955 vor und ich darf mitteilen, daß die registrierten kulturellen Veranstaltungen in ihren Besucherziffern um mehr als eine Million höher liegen als die des Sportes.

Damit soll nichts gegen den Sport gesagt - Zuseher sind im allgemeinen nicht Sporttreibende -, sondern es soll nur die Verteilung der Interessen der Wiener Bevölkerung charakterisiert werden.

Der Besuch der Wiener Theater stieg außerordentlich an, liegt heute zum Beispiel um rund 32 Prozent höher als 1953/54 und die gleiche Entwicklung zeigt sich in allen Bereichen des geistigen Lebens unserer Stadt. Die Leserzahlen in den Büchereien steigen ebenso, wie die Zahlen der Kursteilnehmer an den Volkshochschulen, die Besucherziffern der Konzerte ebenso wie die Zahl der Schüler unserer Musiklehranstalten und die Teilnehmer des Jugendabonnements.

Diese Tatsachen sind vor allem deshalb so erfreulich, weil mit einer Steigerung des Lebensstandards, mit erhöhter Befriedigung der materiellen Bedürfnisse des Lebens durchaus nicht immer im gleichen Maße die Anteilnahme und die Teilnahmebereitschaft an den Gütern unseres geistigen Lebens Hand in Hand geht.

Wir leben in einer Zeit, die, wie keine andere, dazu angetan ist, das menschliche Leben nach seiner materiellen Seite hin zu entwickeln und es gibt nicht wenige Menschen, die unter Hebung des Lebensstandards eines Volkes nur die Verbesserung der materiellen Verhältnisse verstehen.

Die rasante Entwicklung der Technik, die Motorisierung und Mechanisierung, die weitgehende Normierung unserer Gebrauchsgüter, die unerhört in die Breite wirkende Meinungsindustrie, Film, Presse, Rundfunk und nun auch Television, müssen zu einer Verflachung und geistigen Uniformität führen, die sich einmal katastrophal in unserem gesamten gesellschaftlichen Leben auswirken wird, wenn wir diese Gefahren nicht sehen und ihnen nicht entgegenwirken. Dazu kommt noch eine Vergnügungsindustrie, die in reinem Profitinteresse Geschäfte macht mit allem was Gewinne bringen kann, vom Rock and Roll bis zum Schundheft, von der Heurigeseligkeit bis zum Musical, etc.

#### Gegen Uniformität und Vermassung

Deshalb unsere großen Anstrengungen, das Individuum einerseits von Uniformität und Vermassung zu bewahren, es andererseits aber auch nicht in die Seichtheit einer verlogenen Pseudokultur absinken zu lassen. Deshalb auch unser Bestreben, den Menschen geistige Heimstätten zu schaffen, ihnen die Begegnung mit den ewigen geistigen Werten der Menschheit zu ermöglichen und zum Bedürfnis werden zu lassen.

Deshalb aber auch unsere ganze Arbeit und unser ganzes Streben dem Ausbau und der Förderung des kulturellen Lebens unserer Stadt, der Pflege von Kunst und Wissenschaft gleichermaßen wie der Bildung des Volkes, die wir uns besonders angelegen sein lassen.

Deshalb aber auch die Freude über die außerordentlich gute Entwicklung im letzten Jahr, zu der wir ein gut Stück beigetragen haben.

Leider ist es trotz verschiedener Bemühungen nicht gelungen, in gleichem Maße auch den finanziellen Unterbau unserer Kulturinstitutionen zu festigen. Trotz erhöhter Frequenzen und trotz verstärkter Subventionierungen ist die finanzielle Lage unserer Kultureinrichtungen noch immer sehr labil und nimmt mitunter besorgniserregende Formen an. Als Beispiel führte Stadtrat Mandl die Entwicklung bei den Wiener Symphonikern an. - Die Diskrepanz, die überhöhte Spanne, zwischen den Einnahmen - meist erbraucht durch die Eintrittspreise - und Ausgaben ist eher noch größer denn geringer geworden und es wird notwendig sein, diesem Problem in nächster Zeit besondere Aufmerksamkeit zu schenken.

Großzügige Subventionierung

Wir müssen den Mut haben, den Menschen begreiflich zu machen, daß auch Kultur ihren Wert und ihren Preis hat und nicht etwa nur das Viertel Wein beim Heurigen. Dieser Situation müssen die Kulturinstitute noch viel mehr Beachtung schenken und Vorsorge treffen, daß nicht bei eventuell kommenden konjunkturellen Schwankungen das gesamte mühsam geordnete Kulturleben und seine Institutionen ins Wanken geraten.

Die Stadt Wien hat es an Förderungsmaßnahmen finanzieller Art nicht fehlen lassen:

Zahlreiche künstlerische und wissenschaftliche Verbände erhielten zum Teil namhafte Subventionen. Wir haben dafür 1,140.000 Schilling ausgegeben und werden im nächsten Jahr zwei Millionen Schilling ausgeben. Aus der Zwecksteuer "Kultur Groschen" werden allein in diesem Jahre 10,7 Millionen an Subventionen an Kulturorganisationen oder für kulturelle Aktivitäten gegeben und die gleiche Summe werden wir im Jahre 1957 verfügbar haben.

Im Vorjahr wurde erstmalig das Erträgnis der Vergnügungssteuer von kulturell wertvollen Veranstaltungen im Subventionsweg den Veranstaltern zugeführt. Auch in diesem Jahre haben wir rund 2,4 Millionen aus diesem Titel an Zuwendungen gegeben und für das Jahr 1957 ist im Budget der gleiche Betrag vorgesehen. Der Herr Finanzminister ist allerdings mit der Umsatzsteuer bisher dem guten Beispiel der Stadtverwaltung trotz verschiedentlich abgegebenen Versprechungen nicht gefolgt.

Wenn wir die Stipendien und sonstigen Förderungsbeiträge hinzurechnen, kommen wir auf einen Gesamtbetrag von mehr als 15 Millionen Schilling, der nur im Subventionsweg allein den Kulturträgern zukommt, also ohne Aufträge usw.

Erziehungswerk an der Jugend

Selbstverständlich erschöpfen sich unsere Förderungsmaßnahmen nicht nur in der Verteilung von Geldern. Wir greifen im Gegenteil auch dort aktiv ein, wo sich zeigt, daß für eine bestimmte Aufgabe kein Träger gegeben ist oder sein kann.

Das gilt vor allem bei dem Erziehungswerk an unserer Jugend.

Unsere Schülerkonzerte zum Beispiel sind zu einer selbstverständlichen Einrichtung geworden und wir werden auch in diesem Schuljahr 1956/57 wieder 58 Konzerte für rund 71.000 Schüler durchführen.

Die Schulgalerien haben sich außerordentlich bewährt. Es wurden in diesem Jahr sechs neue errichtet und es sind für 1957 fünf weitere geplant. Zum ersten Mal haben wir auch die Tagräume von drei Spitalern, Lainz, Rosenhügel und Triester Spital, einbezogen.

Dankbar begrüßten wir auch, daß namhafte Künstlerverbände mit Bildwerken ebenfalls in Schulen der Randgebiet gingen und so Kindern und Erwachsenen gleichermaßen Kontakte mit dem Bildwerk vermittelten.

Zum ersten Mal wurde in diesem Jahr durch eine Aktion des Landesjugendreferates auch der Film durch Auflage eines Kinder-Filmabonnements in unsere Bildungsarbeit einbezogen. Versuchsweise wurden 10.000 Abonnements aufgelegt und binnen zweier Wochen waren 60.000 Kinokarten verkauft. Die Aktion umfaßt den ganzen Wiener Bereich.

#### Jugendabonnement auf 21.000 erweitert

Zu diesen Förderungsmaßnahmen, oder wenn Sie wollen, zu diesen Bildungseinrichtungen gehört auch das im Vorjahr geschaffene Jugendabonnement. Die Zahl der Abonnements mußte - dem unwiderstehlichen Drängen unserer Jugend folgend - von 15.000 auf 21.000 erweitert werden und noch reicht es nicht aus, um allen Anforderungen zu genügen. Ich glaube, wir werden im nächsten Jahre neuerlich erhöhen müssen. Wenn man es als Experiment bezeichnet hatte, unsere Arbeitermädels und Arbeiterbuben in die schönsten Theatergebäude der Welt, in Burg und Oper zu führen, so darf ich heute sagen: Unsere Jugend hat die Probe glänzend bestanden! (Beifall bei der SPÖ.)

Übrigens haben die Städte Linz und Bremerhaven die Einrichtung übernommen, München will folgen.

Durch das Jugendabonnement ist auch ein spürbares Ansteigen der jugendlichen Kursteilnehmer an den Volkshochschulen festzustellen. Im letzten Semester gab es zum Beispiel 1.605 Kursteilnehmer und 1.520 Vortragsbesucher unter 25 Jahren.

Die Wiener Volksbildung hat im Budgetjahr 1956 den bisher höchsten Förderungsbeitrag erhalten. Sie konnte damit bisher noch nicht aufgewiesene Leistungen setzen, wie etwa Gründung und Ausbau der Lebensschulen, die Aktion Volksbildung auf Rädern und Einführung von Klub- und Diskussionsgemeinschaften.

Die Subvention des Bundesministeriums für Unterricht wurde für das nächste Jahr empfindlich gekürzt und ich muß, so leid mir das tut, sagen, daß die Stadt Wien nicht in der Lage ist, diesen großen finanziellen Ausfall auszugleichen.

#### Das Mozartjahr und die Festwochen

Als eine sehr wesentliche Förderung des Wiener Kulturlebens haben sich die Wiener Festwochen erwiesen, die im abgelaufenen Jahre unter dem hohen Protektor Wolfgang Amadeus Mozart standen. Sie wurden im Rahmen des Mozartjahres auch dementsprechend festlich und würdig begangen.

Zu Mozarts Geburtstag luden wir aus den Mozartstädten Europas die musikalische Jugend nach Wien, formten sie zu einem Orchester von beachtlichem Niveau und ließen Mozarts herrliche Musik von diesem Mozart-Jugendorchester für die Wiener Schuljugend zelebrieren.

Der Schwerpunkt des Mozartjahres lag bei den Wiener Festwochen, deren Glanzpunkte, um nur einige zu nennen, vier ausländische Orchester neben den Wiener Philharmonikern und den Wiener Symphonikern, das Gastspiel der Mailänder Scala, die Welturaufführung von Frank Martins's "Der Sturm" und William Faulkner's "Requiem für eine Nonne" waren.

Mehr als eine halbe Million Besucher wurden bei allen Veranstaltungen der Wiener Festwochen gezählt. Besonderen Anklang fand die Ausstellung "Wien, eine Stadt stellt sich vor". Rund 50.000 Prospekte dieser Schau in deutscher Sprache und rund 6.000 in englischer Sprache wurden verkauft.

Die internationale Ausstrahlung der Wiener Festwochen kommt im Ausländerbesuch dieser drei Wochen am deutlichsten zum Ausdruck: 48.846 ausländische Gäste und 156.277 Nächtigungen in Wiener Hotelbetrieben.

Ich konnte vor einigen Tagen das vorläufige Programm der Wiener Festwochen für 1957 bekanntgeben und will nur hoffen, daß sie künstlerisch und wirtschaftlich den gleichen Erfolg haben, wie die des Jahres 1956. Im Budget ist ein Betrag von 1,3 Millionen Schilling vorgesehen.

Die Stadtverwaltung beschäftigt die Künstler

Ich darf noch kurz auf die Aufträge zum Schmucke unserer Wohn-  
hausanlagen hinweisen. 132 Aufträge mit einer Honorarsumme von  
3,5 Millionen Schilling wurden vergeben. Für 1957 ist die gleiche  
Summe im Budget.

Unsere grüne Galerie im Stadtpark hat heuer mit Ergänzungen  
aus den Bildbeständen des Kulturamtes einen Abstecher nach Eisen-  
stadt gemacht.

Die Ausstellung "Das gute Bild für jeden", die derzeit in der  
Wiener Secession zum siebenten Male zu sehen ist, konnte bis zum  
heutigen Tag einen Verkaufserlös von 100.000 Schilling erzielen.

Es ist im Rahmen dieses Referates nicht möglich, all die  
Einzelmaßnahmen aufzuzählen, die unserem geistigen Leben Impulse  
geben; es sind Dutzende und aber Dutzende: von der Filmförderung  
bis zu den Parkkonzerten, von den Würdigungs- und Förderungspreisen  
bis zur Unterstützung von Expeditionen, von den Aktionen der  
Literaturförderung bis zur "Volksbildung auf Rädern" usw.

Sie alle haben dazu beigetragen, daß unser geistiges Leben  
in seiner Mannigfaltigkeit erhalten und regsam blieb. Sie trugen  
dazu bei, diese eigenartige Atmosphäre zu erhalten, die unsere  
Stadt auszeichnet und zum besonderen Anziehungspunkt für den Gast  
aus dem Ausland macht.

Wir haben, wenn ich gleich darauf zu sprechen kommen kann,  
die erste Fremdenverkehrsaison im freien Österreich den Umständen  
gemäß gut überstanden. Die ausländischen Gäste haben unsere  
Schwierigkeiten verstanden und manche Unannehmlichkeit in Kauf ge-  
nommen. Wir müssen uns bemühen, bis zur nächsten Saison mit ihnen  
wenigstens halbwegs fertig zu werden.

Unser internationales Hotel, das Jugendgästehaus der Stadt  
Wien in Pötzleinsdorf, wird in kurzem seinen 100.000. Besucher be-  
grüßen können. Nachdem jährlich zahlreiche Jugendwandergruppen und  
Einzelwanderer abgewiesen werden müssen, bauen wir im 13. Bezirk  
ein neues Jugendgästehaus.

Unser Campingplatz in der Hüttelbergstraße hatte eine Frequenz  
von 1.876 Besuchern mit 4.912 Nachtigungen. Ein zweiter Campingplatz  
soll eröffnet werden.

Der bisher unerträgliche Zustand, daß gerade zur Zeit des stärksten Fremdenverkehrs das Konzert- und Theaterleben Wiens fast vollkommen erloschen war und von privater Seite keinerlei Vorsorgen getroffen waren, diesen Zustand zu ändern, zwang die Fremdenverkehrsstelle der Stadt Wien in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt ein Sommerprogramm sozusagen aus dem Boden zu stampfen.

Zu den schon eingeführten und beliebten Arkadenhofkonzerten, die in diesem Jahre mit rund 40.000 Besuchern eine Steigerung um rund 83 Prozent aufwiesen, kamen 19 Konzerte in Wiener Palais, 9 Konzerte im Belvederegarten, 3 an anderen historischen Stätten, 29 Aufführungen der Kammeroper im Schönbrunner Schloßtheater und 20 Aufführungen von "Wiener Blut" im Redoutensaal.

Wir werden uns sehr bemühen, den kommenden Sommer noch besser zu gestalten.

Die Musiklehranstalten der Stadt Wien entwickeln sich weiterhin außerordentlich gut. Die Zweigschulen in den einzelnen Bezirken sind vielfach zu musikalischen Zentren geworden. Kindersingschule und Kinderchor erweisen sich immer mehr als Reservoir für die Wiener Chöre. Wir haben derzeit im Konservatorium rund 600 Schüler, in den Musikschulen rund 1.620 und in der Kindersingschule 6.250.

Die Modeschule der Stadt Wien im Schloß Hetzendorf hat sich unter der neuen Leitung weiter gut entwickelt und ihren ausgezeichneten Ruf im In- und Ausland gefestigt. Sie hat sechs Fachklassen.

#### Eine Million für fahrende Bücherei

Die Städtischen Büchereien konnten 1955 trotz Abtretung von drei Zweigstellen an Niederösterreich den Stand an Lesern und die Zahl der Entlehnungen halten. Für 1956 wird eine weitere Steigerung erwartet.

Allen Büchereien sind nun Kinderbüchereien angegliedert.

Der Kinderkatalog, der in einer Auflage von 10.000 Exemplaren erschien, fand bei jung und alt freundlichste Aufnahme.

Im Budget 1957 ist ein Betrag von einer Million Schilling für eine fahrende Bücherei vorgesehen. Dadurch wird es nun möglich, auch jene Orte mit Leihbüchern zu versorgen, die bisher nicht erreicht werden konnten.

Nach dem Ausscheiden Niederösterreichs wurde der Personalstand der Landesbildstelle Wien - Burgenland wünscht, bei Wien zu bleiben - um fünf Angestellte vermindert. Sie haben ein großes Arbeitsfeld zu betreuen: 805 Filmprojektoren, 10.600 Filmrollen, 566 Kleinbildwerfer, 5.693 Kleinbildserien sind der Obhut der Landesbildstelle anvertraut. 49.515 Filme und 118.113 Lichtbildserien wurden verliehen, 95.000 Stücke Kleindias hergestellt.

Auf der Rubrik Denkmalpflege ist ein Betrag von rund einer Million Schilling vorgesehen - darunter die vierte Rate von 300.000 Schilling für den Stephansdom - um die erfolgreich begonnene Anleuchtung von Baudenkmalern, ihre Renovierung und Reinigung fortsetzen zu können.

Die Stadtbibliothek beging in diesem Jahre die Feier ihres 100jährigen Bestandes und konnte aus diesem Anlaß in einer beachtenswerten Festschrift Zeugnis der wissenschaftlichen Tätigkeit ihrer Fachbeamten geben. Der letzte noch zu gestaltende Depotraum wurde mit neuen Stahlregalen versehen und so der Schlußstein im Ausbau der Bücherdepots gelegt.

Der Neubau des Historischen Museums auf dem Karlsplatz macht nun gute Fortschritte. Der Einbau der Klima-Anlage ist beendet, die Fassade fertiggestellt und die Verglasung dürfte bis Ende des Jahres durchgeführt sein.

Die Musikergedenkstätten, die bisher der Verwaltung und Betreuung der Magistratsabteilung 7 unterstanden, sind nun der Betreuung des Historischen Museums übergeben worden.

Das Archiv der Stadt Wien konnte auch in diesem Jahre seine sehr beengte Situation nicht verbessern. Lediglich die Schaffung eines neuen Benützerraumes konnte eine kleine Erleichterung schaffen.

Mit Ende des Jahres tritt der verdiente Leiter dieses Institutes, Archivdirektor Dr. Rudolf Geyer, der ihm seit dem Jahre 1925 angehört und ihm seit dem Jahre 1945 vorsteht, in den verdienten Ruhestand. Stadtrat Mandl dankte ihm aus diesem Anlaß für seine ausgezeichnete Arbeit und wünschte ihm für sein weiteres Wirken noch viele Erfolge. (Beifall)

Für Stadthalle und Aufstockung des Stadions sind allein mehr als 60 Millionen Schilling vorgesehen. Daneben werden für Neubau und Fertigstellung von Jugend- und Kinderspielplätzen rund 2,5 Millionen und für Inventaranschaffungen - Turnsäle und Spielplätze - weitere vier Millionen Schilling ausgegeben. Das Sportgroschenertragnis wird mit 1,5 Millionen zur Gänze wieder den Sportverbänden zugeführt.

1957 sollen 38 Turnsäle renoviert und neu ausgestattet werden.

Die Sportstelle hat derzeit 47 Jugendspielplätze in Verwaltung, neben den Spielplätzen in Parkanlagen und Wohnsiedlungen. Sechs Plätze werden in diesem Jahr neu geschaffen und fertiggestellt. Fünf Plätze sind im Bau, darunter einige große (Wasserleitungsplatz) und zwei Plätze sind für 1957 geplant.

Darüber hinaus werden in Parkanlagen noch 12 Kleinkinder- und Ballspielplätze errichtet.

Das Landesjugendreferat hat mit seinem Jugendfilmabonnement außerordentlichen Erfolg. Die Arbeit dieses Referates ist schwer meß- und darstellbar.

#### Stark sinkende Schülerzahlen

Die Situation der Pflicht-<sup>schulen -</sup> Volks-, Haupt- und Sonderschulen, steht im Zeichen der stark sinkenden Schülerzahlen. Wir zählen mit Stand vom 1. Oktober d.J. 366 Schulen mit 3.674 Klassen und 111.285 Schülern, das sind um drei Schulen mit 181 Klassen und 6.784 Schülern weniger als 1955/56.

Wenn die Berechnungen des Wiener Stadtschulrates und unserer statistischen Abteilungen stimmen, dann haben wir im Schuljahr 1957/58 mit rund 100.000, 1958/59 mit rund 90.000, 1959/60 mit rund 84.000 und schließlich 1962/63 mit nur noch 75.000 Pflichtschülern zu rechnen.

Diese Tatsache erschwert natürlich eine Planung auf weite Sicht nicht unwesentlich.

Wir haben in diesem Jahre mit einem großzügigen Renovierungsprogramm bei den Wiener Pflichtschulen begonnen.

26 Schulgebäude wurden einer vollständigen Generalreparatur unterzogen. Nur in wenigen Ausnahmefällen gab es unangenehme Zeitüberschreitungen; wir hoffen aber, auch diese Schwierigkeiten zu überwinden.

Neubauten, Generalüberholungen und das sogenannte "Malprogramm" eingeschlossen zählen wir heute immerhin schon 170 Schulgebäude in moderner, den neuzeitlichen Verhältnissen entsprechender Form. Ende nächsten Jahres werden es 30 mehr sein.

Die Bautätigkeit auf dem Gebiete des Schulwesens ist außerordentlich groß. Der Schulneubau, 2, Czerninplatz, und der Zubau zur Schule, 22, Plankenmaisstraße, sind vollendet. Der Neubau der Schule Stammersdorf, wird fortgesetzt und ist bis Schulbeginn 1957/58 fertig.

Die durch die Besatzungsmacht vollkommen devastierten Schulen, 16, Odoakergasse 48, und 23, Pülslgasse 28, sind dem Betrieb übergeben. In Hadersdorf-Weidlingau wird mit dem Bau begonnen. Ebenso wird die Bombenlücke im Schulblock Max Winterplatz geschlossen und für Zwecke einer Hilfsschule ausgestattet.

Das einzige Gebiet mit Wechselunterricht in Wien-Siemensstraße wird durch einen Zubau zum Schulgebäude Siemensstraße saniert.

#### Neue Schulmöbel für 93.000 Schüler

Die große, neue Schule für Körperbehinderte auf den Gründen des Czartorisky-Schlössels ist im Stadium der Planung und soll ebenfalls im nächsten Jahre begonnen werden.

Auch die Modernisierung der Inneneinrichtung macht gute Fortschritte: 12 Schulgebäude erhielten Zentralheizungen, 14 Hauptschulgebäude neue Physiksäle, 17 Turnsäle wurden mit Brausebädern ausgestattet, 93.000 Schüler - das sind 84 Prozent - sitzen auf neuen Sesseln bei Tischen und nicht mehr in Schulbänken. Im nächsten Jahre werden es rund 95 Prozent sein.

Daß der Schulhaushalt auch sonst noch große Budgetmittel erfordert, zeigt ein Blick in das Voranschlags-Heft, das einen Aufwand von 94 Millionen Schilling lediglich für das Jahr 1957

aufweist. Allein für Bücher und Lehrmittel werden 4,5 Millionen Schilling ausgegeben. Erstmals werden größere Mengen Klassenlesestoffe angekauft.

### Die Wiener Berufsschulen

Zeigen die Pflichtschulen sinkende Schülerzahlen, so ist dies bei den Berufsschulen umgekehrt. 1955 hatten wir 1.221 Klassen mit 42.204 Schülern, 1956 1.318 Klassen mit 44.694 Schülern. Damit dürfte der Höchststand an Schülern an den Wiener Berufsschulen erreicht worden sein.

Stadtrat Mandl dankte bei dieser Gelegenheit auch dem in den Ruhestand getretenen bisherigen Leiter der Magistratsabteilung 56, Städtische Schulverwaltung, Senatsrat Ing.Dr. Fritz Menzel mit anerkennenden Worten für seine Leistungen. Vor allem um den Aufbau des Berufsschulwesens nach 1945 hat er sich große Verdienste erworben.

Mit dem Schuljahr 1956/57 mußten die beiden, mit sehr gutem Erfolg geführten Fachsonderklassen für Kellner und Köche aufgelassen werden, da sich die Fachgruppe des Gastgewerbes nicht bereit erklärte, die auf sie entfallenden Mittel beizusteuern. Stadtrat Mandl bedauert diese Tatsache außerordentlich, weil sich gerade jetzt, bei ansteigendem Fremdenverkehr, der Mangel an gutem Fachpersonal katastrophal auszuwirken beginnt.

Die Raumnot der beiden hauswirtschaftlichen Lehranstalten der Stadt Wien wird in kurzem zur Gänze behoben sein. In den Weihnachtsferien wird die Schule 9, Exnergasse, in ihr neues Haus, 9, Hahngasse, übersiedeln und damit gut untergebracht sein.

Die Hauswirtschaftsschule, 6, Brückengasse, wird mit Beginn des Schuljahres 1957/58 in das Gebäude 12, Dörfelstraße, einziehen können und erhält damit das schönste und modernste Haus, das eine solche Lehranstalt in Wien besitzt.

Das Pädagogische Institut und die Pädagogische Zentralbücherei wirken verdienstvoll auf dem Gebiete der Lehrerfortbildung und sorgen dafür, daß der Ruf Wiens als Stadt der Schulreform erhalten bleibt.

Die Kulturdebatte

GR. Dr. Christoph (VO) stellt mit Befriedigung fest, daß die Ausgaben für diese Gruppe fast um ein Drittel gestiegen sind. Er messe dieser Gruppe und dem Gesundheitswesen innerhalb der Stadtverwaltung die größte Bedeutung bei, da sie beide der Jugend dienen. Auch auf dem Gebiete der Theater- und Konzertveranstaltungen für die Jugend hat das Kulturamt der Stadt Wien wertvolle Arbeit geleistet. Der Erfolg dieser Aktion beweist, daß die Jugend an der Kunst Gefallen findet und daher auch nicht, wie so oft gesagt wird, vielfach sehr verdorben ist. Es müsse alles getan werden, um den jungen Menschen zu helfen und von ihnen jede Schädigung von außen fernzuhalten. Dazu gehöre auch die dringende Novellierung des Schmutz- und Schundgesetzes aus dem Jahre 1950. Der Gemeinderat müßte einen diesbezüglichen Beschluß fassen und an den Unterrichtsminister mit der Forderung um Novellierung des Gesetzes herantreten. Auch die Kiba müßte eine entsprechende Auswahl bei ihren Filmen treffen. Es dürften zumindest nicht Filme aufgeführt werden, die eine Gefahr für die Jugend bedeuten. Leider ist eine derartige Auswahl nicht getroffen worden. Auch die Presse müßte im Rahmen ihrer Berufsorganisation dazu verhalten werden, in ihrer Berichterstattung nicht den guten Geschmack zu verletzen. Größeres Augenmerk müßte im Zeitalter der Technisierung und Automation auch dem Sport zugewendet werden. Auch vom Standpunkt der Jugenderziehung ist der Sport von enormer Bedeutung, schon als Problem der Freizeitgestaltung. Leider sind die Ansätze für den Sport zu gering, denn von den präliminierten 78 Millionen Schilling sind 69 Millionen für den Ausbau der Stadthalle und die Aufstockung des Stadions vorgesehen. Diesen Ausgaben stehen 65 Millionen Einnahmen aus der Vergnügungssteuer gegenüber, also Mittel, die zu einem großen Teil von den Sportlern selbst aufgebracht werden. Bei der Verteilung dieser Gelder an die Sportorganisationen sollten aber nicht nur die den Regierungsparteien nahestehenden Sportorganisationen, sondern auch kleinere Vereine berücksichtigt werden.

./.

Der Redner stellt in diesem Zusammenhang den Antrag, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit auch Amateursportvereine, die für Amateursportveranstaltungen Vergnügungssteuer entrichten müssen, die Vergnügungssteuer refundiert erhalten können. Auch dem Sportplatzbau müßte größeres Augenmerk zugewendet werden. Gleichfalls dringend notwendig wäre die Novellierung des Spielplatzschutz- und Spielplatzanforderungsgesetzes, um damit eine Verbauung der Spielplätze zu verhindern. Wünschenswert wäre es auch, allmählich in allen Schulen Spielplätze, wenn auch kleineren Umfanges, zu errichten. Der Redner stellt den Antrag, den Ausbau der Spiel- und Sportplätze für Kinder und Jugendliche in größerem Umfang und rascherem Tempo durchzuführen und hiefür einen entsprechenden Plan auszuarbeiten. Als weitere vertretbare Forderung bezeichnet er die Einführung ermäßigter Sportlerfahrtscheine zum Training- und Wettspielbetrieb, Vermehrung der für die Sportjugend zur Verfügung gestellten Fürsorgefahrtscheine und eine Besserung der Fahrzeitbegrenzung sowie die Unterstützung der Sportler durch die Mandatäre der Stadt Wien bei der Forderung nach einer 50prozentigen Ermäßigung der Bundesbahnen für Fahrten zu Wettspielen.

Auf dem Schulsektor sind die ärgsten Kriegszerstörungen behoben, sodaß die Schulen klaglos arbeiten können. Einige Mängel wären aber auch hier noch zu beheben, so vor allem auf dem hygienischen Gebiet. Es sei vom hygienischen und gesundheitlichen Standpunkt ganz und gar abzulehnen, daß die Klassen der Volks-, Haupt- und Sonderschulen nur zweimal wöchentlich gereinigt werden. Das Tragen von Hausschuhen, das vielfach von den Kindern zur größeren Reinlichkeit verlangt wird, sei vom orthopädischen Standpunkt aus nicht ungefährlich. Auch der Austausch von Klassenlesestoff sei nicht zu begrüßen. Der Redner stellt daher den Antrag, zusätzliches Reinigungspersonal für die Volks-, Haupt- und Sonderschulen einzustellen. Auch den Schulmöbeln müßte größere Aufmerksamkeit zugewendet werden, da die Kinder heute viel schneller wachsen und dann oft in zu kleinen Bänken sitzen müssen.

Als einen weiteren Wunsch der Lehrerschaft bezeichnet der Redner die Wiedereinführung von vier Freifahrten pro Schuljahr zum Besuch von Museen und dergleichen.

Da, abgesehen von den aufgezeigten Mängeln, in dieser Geschäftsgruppe vieles besser geworden ist, werde seine Fraktion den Ansätzen zustimmen.

GR. Zink (ÖVP) spricht zuerst grundsätzlich über die Aufgaben auf dem Gebiet der Kultur in Wien. Die Kultur, so führte er aus, wird immer der Ausdruck einer weltanschaulichen Geisteshaltung sein. So lange wir uns nicht entschließen, die geistigen Werte in dem Mittelpunkt des persönlichen und des gesamten öffentlichen Lebens zu stellen, werden alle Bemühungen vergeblich sein. Es ist notwendig, einen gemeinsamen Standpunkt zu erarbeiten und diesen Standpunkt dann aber auch zu vertreten. Darüber hinaus darf es auf dem kulturellen Sektor keine Parteipolitik geben.

Der Redner ging dann im einzelnen auf das Kulturbudget der Gemeinde Wien ein. So sehr es bedauerlich ist, daß beim Bund im Kulturbudget große Abstriche gemacht werden, so sehr ist es auch bedauerlich, daß, gemessen am Gesamtrahmen der Ausgaben der Stadt Wien, das Wiener Kulturbudget nicht ganz befriedigend ist. Gegenüber 1956 ist zwar eine Verbesserung um 33 Prozent zu verzeichnen, doch machen diese Zahlen bei näherem Hinsehen nicht ganz froh. So konnten für Kulturförderung nur vier Millionen zusätzlich eingesetzt werden, während fast 70 Millionen auf den erhöhten Personal- und Sachaufwand und zu einem großen Teil auf bauliche Herstellung entfallen. Diese Bauten, so meinte der Redner auch, gehören eher in das Budget der Gruppe VI, Bauwesen.

Beim Schulwesen bezeichnete es GR. Zink als erfreulich, daß die Kriegszerstörungen gut gemacht wurden und eine große Zahl von neuen Schulen errichtet wird. Er bemängelt jedoch die heimatkundliche Betreuung in den Volksschulen und regt an, das Wiener Brauchtum zu neuem Leben zu erwecken. Er tritt auch für die Schaffung einer "Wiener Landeshymne" ein.

Im Berufsschulwesen ist es leider nicht möglich gewesen, eine wesentliche Erhöhung für das Inventar zu erreichen. Bei den Volkshochschulen sei das Entgelt für die Vortragenden zu gering; es ist dadurch oft nicht möglich, erstklassige Fachkräfte zu gewinnen.

Im Zusammenhang mit dem schlechten Abschneiden der österreichischen Mannschaft bei den Olympischen Spielen in Melbourne meint der Redner, es sei noch nicht gelungen, den Sport und vor allem den Jugendsport auf eine möglichst breite Basis zu führen. Er schlägt ein Prämiensystem für jene Verbände vor, die sich besonders dem Jugendsport widmen. GR. Zink kritisiert auch die Tätigkeit der Sportstelle der Stadt Wien, die er als nicht objektiv bezeichnet. Er bittet Stadtrat Mandl, sich um diese Dinge näher zu kümmern.

Er wirft dann die Frage auf, ob Wien alles getan hat, um die Stadt auf kulturellem Gebiet wieder in den Mittelpunkt zu rücken. An die Hotellerie richtet er den dringenden Appell, darauf zu achten, daß das Maß des Gebotenen in einem gesunden Verhältnis zum Maß des Verlangten steht. Alle, die in diesem Berufszweig arbeiten, müssen als Repräsentanten unserer Lebensform auch Liebenswürdigkeit, Takt und Charme haben. (Beifall bei der ÖVP.) Der Redner tritt dafür ein, daß auf kulturellem Gebiet Bund und Gemeinde sich gemeinsam bemühen sollten. Auch auf dem Gebiet der Musik ist die Förderung des Nachwuchses besonders wichtig. Die Stipendien müßten erhöht werden. Die Wiener Symphoniker sollten im Sommer, wenn die meisten Fremden kommen, in Wien sein.

Auf dem Gebiet der bildenden Kunst meinte der Redner, daß manches problematisch scheint, was heute als moderne Kunst bezeichnet wird. Ein Teil dieser Kunst sei nicht echt; der Künstler aber habe vor allem die Verpflichtung, wahr zu sein. Bei der Vergebung von Aufträgen solle man die Auswahl nicht ausschließlich einem einzigen Mann überantworten.

In der Frage der Ehrenzuwendungen vertritt der Redner den Standpunkt, daß man eine strengere Auswahl treffen müsse, dafür aber die Zuwendungen höher sein sollten.

Wien muß auch wieder die Stadt der Mode und des Kunsthandwerkes werden. Hier ist besonders eine weitgehende Förderung des Nachwuchses notwendig. Der Redner regte auch die Herausgabe einer repräsentativen Mode- und Kulturzeitschrift an.

Abschließend gab der Redner im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des Kulturbudgets. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Debattenredner der SPÖ, GR. Pfösch, stellt, aus der Erkenntnis schöpfend, daß die wirtschaftliche Situation das Kulturleben beeinflusse, fest, daß die vom Bund erfolgte lineare Kürzung des Kulturbudgets im Kulturleben nicht ohne ernste Auswirkungen bleiben kann. Uns alle erfüllt mit berechtigtem Stolz, sagte er weiter, wenn die vielen Ausländer, die jetzt nach Wien kommen, voll Lobes über unsere Bautätigkeit sind. Er setzt sich dafür ein, daß es jetzt unsere Aufgabe sein muß, nachdem die Kriegsschäden behoben worden sind, auch dem kulturellen Aufbau verstärktes Augenmerk zu schenken. Dank der systematischen kulturellen Arbeit unserer Stadtverwaltung kann man im Niveau des Kulturlebens unserer Stadt auf allen Gebieten erfreuliche Fortschritte feststellen. Der Grundsatz, daß unsere Künstler und Kulturschaffenden unterstützt aber nicht reglementiert werden dürfen, kommt dabei voll zur Geltung. Der Redner begrüßt die Bemühungen, die darauf hinzielen, unserer Jugend immer mehr Möglichkeiten zur Stellungnahme zur Kunst zu geben. GR. Pfösch sprach den Wunsch aus, daß auch die Elternschaft und jene Organisationen, die sich mit der Jugend beschäftigen, mehr als bis jetzt für diese Arbeit gewonnen werden. Der Redner stellt mit Genugtuung fest, daß die Debatte über Kultur bei den diesjährigen Budgetberatungen sachlich geführt werde, was er als ein Ergebnis der guten Arbeit des Gemeinderatsausschusses für Kultur und Volksbildung im vergangenen Jahr bezeichnet. Er unterstreicht die Ausführungen seines Vorredners über den Inhalt der Kulturpolitik und gibt der Meinung Ausdruck, daß sie mit der Anschauung der Sozialistischen Partei in einem Punkt übereinstimmen, nämlich in dem, daß auf Kultur alle Anspruch haben.

Er unterstreicht auch die Forderung seines Vorredners, daß es keine Kommunalisierung des Kunstlebens geben darf, stellt aber fest, daß sie im Widerspruch zu einer erst vor kurzem von der ÖVP erschienenen Broschüre steht, in der unter anderem die Errichtung eines städtischen Theaters verlangt wird.

Bei den Städtischen Büchereien begrüßt er die Schaffung einer fahrenden Bibliothek für die Randgebiete sowie die Errichtung einer Freihandbücherei für Kinder, die versuchsweise eingeführt wurde und bereits gute Ergebnisse zeigt. Die Städtischen Büchereien haben gemeinsam mit dem Stadtschulrat für Wien einen wirksamen Plan zur Bekämpfung der Schundliteratur ausgearbeitet, für den allerdings die finanziellen Mittel noch ausständig sind. Zum Kapitel Schulwesen spricht er sein Bedauern über die Schließung der Fachschulen für Köche und Kellner aus, begrüßt die großzügigen Adaptierungsarbeiten an den Wiener Schulhäusern und richtet zugleich an die zuständigen Stellen des Bundes einen Appell, man möge das nun instandgesetzte Gebäude in der Breitenseer Straße wiederum für eine Bundeserziehungsanstalt bereitstellen.

GR. Pfoch stellt ebenfalls fest, daß in der Presse die positiven Leistungen der Jugend häufig vernachlässigt werden. Er meint, daß die Zeitungen auch viel zu wenig die alarmierenden Ereignisse statistischer Erhebungen veröffentlichen, so zum Beispiel die enorm steigenden Umsätze im Genußmittelkonsum, die in keinem Verhältnis zu den Aufwänden für kulturelle Belange stehen. Die Zahl der Trinker, sagt er, ist bereits in Wien sechsstellig geworden. Dem entgegenzuwirken, bedarf es einer erhöhten Aufklärungsarbeit und letzten Endes auch fiskalischer Maßnahmen. Im Zusammenhang verweist er darauf, daß sich einer Branntweinabgabe starke Gegenkräfte entgegenstellen.

Im Hinblick auf die kommende Automation, erklärt GR. Pfoch abschließend, wird es notwendig sein, schon jetzt Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die durch die verkürzte Arbeitszeit gewonnene Freizeit der Arbeitnehmer einen sinnvollen Inhalt bekomme. (Beifall bei der SPÖ.) Den Bestrebungen der Stadtverwaltung auf kulturellem Gebiet, wie sie in den Ansätzen der Geschäftsgruppe III enthalten sind, wird seine Fraktion die Zustimmung geben.

Stadtrat Mandl stellt in seinem Schlußwort mit Genugtuung fest, daß es eine so sachliche Diskussion beim Kapital Kultur noch nie gegeben hätte. Trotzdem möchte er sich mit einigen Ausführungen des GR. Zink beschäftigen. Die Meinung, man müsse mit der Vergangenheit verhaftet sein, teile auch er, man müsse aber darüber hinaus mit der Gegenwart im entsprechenden Ausmaß mitgehen.

Die Ansicht, der Bausektor würde im Kulturbudget zu stark betont, ist abzulehnen. Durch diese Bauten sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, auf denen sich das gesunde kulturelle und sportliche Leben dieser Stadt weiterentwickeln kann. Daher kann man diese Bauten nicht von der Kulturarbeit trennen. Daß die Lehrbücher zu wenig heimatkundliche Beiträge aufweisen, ist nicht Schuld der Stadtverwaltung.

Erst in letzter Zeit wurde im 3. Bezirk das Heimatmuseum eröffnet. Dort soll dem nachgespürt werden, was an Kulturgut in diesen ehemals dörflichen Gemeinschaften, aus denen Wien geworden ist, noch aufspürbar ist. Dieses Gut soll gehoben und gepflegt und unserer Jugend zugänglich gemacht werden. Der ÖVP-Redner hat auch die Frage aufgeworfen, ob es nicht notwendig wäre, Wien eine eigene Landeshymne zu geben. Das wird aber für Wien kaum notwendig sein, da es sehr viele "Landeshymnen" hat. Er nennt dabei "Wien, Wien nur Du allein", "Mein Muatterl war a Wienerin" und den am meisten geliebten Walzer "An der schönen blauen Donau".

Den kritischen Worten über den Sport könne man sich nur anschließen. Zur Gesundung unserer sportlichen Verhältnisse müßten aber auch die großen Sportorganisationen mehr beitragen, die sich in den seltensten Fällen um den Nachwuchs und um die Jugend kümmern. Wenn der Sportstelle bei der Vergebung der Turnsäle Parteilichkeit vorgeworfen wurde, brauche man zur Widerlegung dieser Ansicht nur Zahlen sprechen lassen. So ist aus einer Zusammenstellung zu ersehen, daß 89 Turnsäle an den ASKÖ, 60 an die Union, 35 an den Allgemeinen Sportverband und an sonstige 191 Vereine 64 Turnsäle vermietet wurden. Bei den Turnzeiten ist es schwer, jeden Wunsch zu erfüllen.

Zur Fremdenverkehrsstelle ist zu sagen, daß wir augenblicklich alle Mühe haben, den Fremdenzustrom etwas zu bremsen und Kongresse so einzuteilen, daß sie gut betreut werden können.

Nichts wäre dem Fremdenverkehr abträglicher, als wenn die Fremden, die zu uns kommen, unzufrieden nach Hause fahren müßten. Derartiges konnte bisher vermieden werden. Eine Befragung hat gezeigt, daß die Besucher die Haltung der Wiener als vorbildlich und liebenswürdig bezeichnet haben. Hiefür soll allen Wienern herzlich gedankt werden. (Beifall)

Zur Unterstützung von Wissenschaft und Kunst, die als zu gering bezeichnet wurde, wurden zum Beispiel an den Notring der Wissenschaften 270.000 Schilling gegeben und erstmals an die Akademie der Wissenschaften für ihre Forschungen 50.000 Schilling. Die Stadt Wien ist jene Stelle, die im gesamten Bundesgebiet das meiste für die Förderung der Wissenschaft tut und der Notring der Wissenschaften erkennt dies auch immer wieder an.

GR. Zink hat sich auch mit der Kunst beschäftigt und gemeint, Kunst müsse vor allem wahr sein. Dieser Satz ist zu unterstreichen, doch muß ihm ein zweiter beigegeben werden, und zwar, daß Kunst der Ausdruck der jeweiligen gesellschaftlichen Form und der jeweiligen Gesellschaft ist. Die heutige Kunst muß also als Ausdruck der heutigen Gesellschaft und der heutigen Zeit gewertet werden. Wir leben in einer gewaltigen gesellschaftlichen Umwälzung und auch die Unsicherheit der heutigen Zeit kommt in der Kunst zum Ausdruck. Was von ihr Ewigkeitsbestand haben wird, wird die Zukunft entscheiden. Zur Entkräftung der Meinung, die Ansätze des Kulturbudgets seien nicht befriedigend, sollen einige Vorschlagsziffern ausgeführt werden. So hatten die Ansätze des städtischen Kulturbudgets im Jahre 1949 eine Höhe von 52 Millionen, 1950 von 65 Millionen, 1951 von 93 Millionen, 1952 von 132 Millionen, 1953 von 139 Millionen, 1954 von 171 Millionen, 1955 von 200 Millionen, 1956 von 219 Millionen und 1957 von 294 Millionen Schilling. In diesen Zahlen zeigt sich der kulturelle Wille der Stadt. Man müsse dem Finanzreferenten dankbar sein und könne nicht von einer "kulturfeindlichen" Einstellung seinerseits sprechen. Es ist in den vergangenen Jahren vieles geschehen und dies nicht immer unter den günstigsten Umständen.

Wien ist im europäischen Bereich aus seiner zentralen Lage sehr stark an den Rand des Eisernen Vorhanges gerückt worden. Kulturen, die einstmals in engen Wechselbeziehungen einander befruchteten und aneinander wuchsen, sind heute auseinandergerissen und durch Grenzen der Unkultur, Unfreiheit und Barbarei getrennt worden. Und dies alles nicht durch unsere Schuld. Wien hat sich nach den schweren Zerstörungen des Krieges wieder in den europäischen Kulturkreis eingliedert und ist wieder zu einer Weltstadt des Geisteslebens geworden. Dieses Bewußtsein einer großen Aufgabe, die wir zu erfüllen haben, ist für uns Verpflichtung und gibt uns die Kraft weiterzuarbeiten im Dienste einer großen Gemeinschaft für die Freiheit des Lebens und für die Freiheit des Geistes.

Abschließend dankt Stadtrat Mandl allen Mitgliedern des Kulturausschusses und allen Mitarbeitern seiner Geschäftsgruppe für die große Arbeit, die auf dem kulturellen Sektor geleistet wurde. (Allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 3. Hauptstückes einstimmig angenommen. Die drei Anträge des GR. Dr. Christoph (VO) wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

- - -

Das Wohlfahrtswesen der Stadt Wien  
=====

18. Dezember (RK) Hierauf beginnen die Beratungen über das 4. Hauptstück - Wohlfahrtswesen. Berichteratter ist Vizebürgermeister Honay. Er führte unter anderem aus:

Im Voranschlag für das Jahr 1957 ist gegenüber dem Jahre 1956 eine Verminderung der Ausgaben um 4.8 Prozent festzustellen. Sie wurden für 1956 mit rund 362 Millionen Schilling veranschlagt, während für 1957 rund 345 Millionen Schilling vorgesehen sind. Dies ist darauf zurückzuführen, daß für die von der Gemeinde zu leistenden Aufstockungsbeiträge zu den Mindestrenten nach dem neuen Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz für das Jahr 1956 eine Ausgabe von 50 Millionen Schilling veranschlagt worden ist, während der tatsächliche Aufwand kaum 15 Millionen Schilling betragen dürfte.

Von den elf Verwaltungsgruppen dieses Budgets steht die Gruppe für das Wohlfahrtswesen mit 8.4 Prozent der Gesamtausgaben an der sechsten Stelle.

Fortschreitende Verbesserung der Jugendfürsorge

Die stetig fortschreitende Verbesserung der Jugendfürsorge kommt in dem gestiegenen Aufwand für das Pflegekinderwesen und die Erholungsfürsorge zum Ausdruck. Der Zuschuß aus Gemeindemitteln beträgt nahezu 37 Millionen Schilling.

Das Jugendamt betreut gegenwärtig 5.530 Pflegekinder. Das ist gegenüber dem Jahre 1955 eine kleine Zunahme.

Beachtenswert sind die Gründe, die zur Übernahme dieser "Gemeindekinder" geführt haben. Während im Jahre 1945 noch 929 Kinder aus wirtschaftlichen Notstand in Heime übernommen werden mußten, waren es im Jahre 1955 nur 27. In den letzten Monaten dieses Jahres erfolgte überhaupt keine Übernahme aus diesem Grunde. Die Obdachlosigkeit ist ein wichtiger Grund, sich der betroffenen Kinder anzunehmen. Hier zeigt sich ebenfalls eine auffällige Tendenz:

Während im Jahre 1947 nur 102 Kinder wegen Obdachlosigkeit übernommen werden mußten, so waren es im Jahre 1955 532 Kinder, das heißt, was im Jahre 1947 noch als Wohnung gelten konnte, ist - eine begrüßenswerte Tatsache - heute einem strengeren Maßstab bei der Feststellung der Benützbarkeit von Wohnungen unterworfen.

Die Zahl der Kinder, die wegen Schwererziehbarkeit in Heime übernommen werden müssen, steigt rasch an und es wird hier notwendig sein, die Erziehungsfürsorge zu verbreitern. Im Jahre 1946 waren es 214 Kinder und im Jahre 1955 883 Kinder, die wegen Erziehungsschwierigkeiten übernommen werden mußten.

Aber auch die Trunksucht der Eltern spielt hier eine große Rolle. 58 Kinder mußten wegen der Trunksucht der Eltern - also bei sonst günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen - in Gemeindepflege übernommen werden.

Die Bemühungen, möglichst viele Gemeindekinder der Privatpflege zuzuführen, haben zur Bildung von sogenannten Großfamilien geführt. Diese Pflegegroßfamilien haben sich sehr gut bewährt.

Zum ersten Male wurde in diesem Jahre eine Ehrung der Pflegemütter durchgeführt.

Das Kindergarten- und Hortwesen der Gemeinde Wien ist im ständigen und planmäßigen Aufbau. Derzeit arbeiten in den Wiener Kindergärten und Horten 828 Kindergärtnerinnen und 500 Wärterinnen und Hauswarte; in 516 Gruppen werden fast 15.000 Kleinkinder und Schulkinder betreut.

#### Neue Kindergärten

Im Jahre 1957 sind rund 77 Millionen Schilling an Ausgaben für die Kindergärten, Horte und Tageserholungsstätten vorgesehen. Es wäre erwünscht, wenn trotz der angespannten Lage auf dem Bau-sektor die im Voranschlag vorgesehenen Kindergartenbauten in der Inneren Stadt, in der Venediger Au, auf dem Heu- und Strohmarkt, am Schöpfwerk, auf dem Ludo Hartmann-Platz in Ottakring und in der Adalbert Stifter-~~Strasse~~ in der Brigittenau im Jahre 1957 unseren Kindern zur Verfügung stünden, weil dort der Bedarf außerordentlich groß ist. Mit dem Neubau von je einem Kindergarten in Hernals und in Mauer soll im kommenden Jahr begonnen werden. ./.

Hiefür ist eine Ausgabe von 1,8 Millionen Schilling bedeckt. Ferner soll mit einem weiteren Aufwand von 1,6 Millionen Schilling die Tageserholungsstätte "Paradies" in Hütteldorf fertiggestellt werden und mit einem Aufwand von 500.000 Schilling eine neue Tageserholungsstätte in der Himmelstraße, in einer der schönsten Lagen unserer Stadt errichtet werden.

Das Wiener Jugendhilfswerk hat in der alten Form mit 31. Juli 1956 zu bestehen aufgehört. Das Landesgesetz über die Errichtung des Fonds "Wiener Jugendhilfswerk" ist am 1. August 1956 in Kraft getreten. Die konstituierende Kuratoriumssitzung und Wahl des Arbeitsausschusses fand am 8. November 1956 statt.

Insgesamt wurden vom Wiener Jugendhilfswerk rund 35.000 Kinder in inländischen Heimen und Tageserholungsstätten untergebracht.

Die Arbeitsgemeinschaft der Körper- und Sinnesbehinderten veranstaltete in Zusammenarbeit mit der städtischen Erholungs-fürsorge im Juli 1956 wieder Ferienwochen für körperbehinderte Kinder in Sulzbach-Ischl. Körperbehinderte Kinder aus Westdeutschland, England, Dänemark, der Schweiz und allen österreichischen Bundesländern nahmen an dieser überaus nützlichen Einrichtung teil.

In den Eigen- und Mietheimen der städtischen Erholungs-fürsorge arbeiteten im Berichtsjahr 133 Personen als Heim- und Wirtschaftsleiterinnen, Erzieher, Kindergärtnerinnen, Köchinnen, Küchen- und Hausarbeiterinnen. 12 Ärzte waren in den Heimen nebenberuflich tätig.

Nach Italien wurden heuer sechs Turnusse mit 295 Kindern und 9.146 Verpflegstagen entsendet. Es hat sich das schöne Heim in Sori bei Genua bestens bewährt.

Ein Wort zu den Kinderdörfern

Nun ein Wort über die Kinderdörfer. Die Öffentlichkeit muß zur Kenntnis nehmen, daß diese an sich pädagogisch und fürsorgereich meist einwandfreie Institution in den allermeisten Fällen für jedes dort befindliche Kind den entsprechenden Pflegebeitrag eines Fürsorgeverbandes erhält, der sich zwischen 26 und 29 Schilling täglich bewegt. Es ist unrichtig, in unserem Lande von "verlassenen" Kinder zu sprechen. Ich darf mich hier wohl zum Redner aller Sozialreferenten der Landesregierungen machen: Wir sind glücklich feststellen zu können, daß Gesetzgebung und praktische Durchführung für jedes Kind, woher es auch kommen mag, in unserem Lande in gleichem Maße sorgen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wäschepakete für Flüchtlings-Säuglinge

Diese Tatsache konnte wohl am besten in der Fürsorge für jene unglücklichen Mütter und Kinder zum Ausdruck gebracht werden, die von Ungarn aus in unsere Heimat kamen. Sowohl die Flüchtlingsfürsorge, als auch das Jugendamt der Stadt Wien haben sich vom ersten Tag des Notstandes an eingeschaltet und in Zusammenarbeit mit allen in Frage kommenden Institutionen ihre Pflicht voll und ganz erfüllt: So erhalten alle Mütter von Neugeborenen ein Säuglingswäschepaket der Gemeinde Wien. Für die Säuglinge und Kleinstkinder wurden Windel, Kindernährmittel, Seife und Kleider und Wäsche in ausreichendem Maße zur Verfügung gestellt. Wenn auch damit bei dem raschen Anstieg des Flüchtlingsstromes da und dort vorübergehende Schwierigkeiten auftauchten, so war für die Jugendämter ein Ansporn mehr, diese Mängel rasch zu überwinden.

Das Jugendamt wird im Jahre 1957 11,3 Millionen Schilling ausgeben; an Einnahmen sind rund drei Millionen veranschlagt, wobei an erster Stelle der Anteil des Bundes für die Gastärztestipendien mit 2,585.100 Schilling steht. Die Gemeinde Wien rechnet mit einer Ausgabe für die verschiedenen Arten von Stipendien von 6,6 Millionen Schilling. Die Kosten für die Säuglingswäschepakete sind mit 2,4 Millionen Schilling veranschlagt. Sie sind gegenüber dem Jahre 1956 um 800.000 Schilling gestiegen, was in dem stark vermehrten Inhalt begründet ist.

### Zunahme der Geburten hält an

Es kann als ein erfreuliches Zeichen für die Lebensfreude und den Optimismus der Wiener Bevölkerung betrachtet werden, daß die Zunahme der Geburten anhält. Im Jahre 1955 erfolgten in Wien 11.839 Lebendgeburten. Bis Oktober 1956 wurde bereits die Zahl überschritten, sodaß in diesen zehn Monaten mehr Geburten gezählt wurden als im ganzen Jahr 1955.

In der letzten Zeit ist in der Öffentlichkeit besonders lebhaft die Sterblichkeit der Wiener Säuglinge erörtert worden. Gegenüber vielfach einseitiger Darstellungen sei festgestellt, daß man, um ein objektives Bild zu erhalten, drei Gruppen von Todesursachen untersuchen muß. Etwa 80 Prozent aller Todesfälle entfallen nämlich auf die drei Gruppen: Frühgeburt, Mißbildung und angeborene Krankheiten und Entbindungsfolgen.

Diese Ursachen sind in erster Linie durch eine ärztliche Betreuung und Aufklärung zu beseitigen, bzw. zu mildern.

Es kann gesagt werden, daß vier Fünftel aller gestorbenen Säuglinge sterben mußten, weil sie zu früh, oder mit angeborenen Mißbildungen oder bereits krank zur Welt kamen, oder weil sie durch den Geburtsakt so geschädigt wurden, daß sie nicht lebensfähig waren.

### Verbesserte Schwangerenfürsorge

Das Jugendamt der Stadt Wien verstärkt daher seine Anstrengungen auf dem Gebiet der Schwangerenfürsorge. Zu den bereits bestehenden drei Schwangerenberatungsstellen der Gemeinde Wien sind drei weitere geschaffen worden, die sich in den äußeren Bezirken befinden. Es muß aber nachdrücklich betont werden, daß in den dreizehn Wiener Entbindungsanstalten und gynäkologischen Abteilungen der Krankenhäuser alle Schwangeren beraten werden. Auch die Ambulatorien der Krankenkassen, vor allem der Wiener Gebietskrankenkasse und der Krankenfürsorgeanstalt der angestellten und Bediensteten der Stadt Wien, stehenden Schwangeren zur Verfügung.

Die Zahl der Mutterberatungsstellen der Gemeinde Wien beträgt derzeit 53.

Es sei übrigens auch auf eine interessante Feststellung des Wiener Jugendamtes hingewiesen. In einem Wiener Gemeindebezirk wurden alle Neugeborenen ein Jahr lang besonders intensiv betreut. Die Mütter wurden alle Vierteljahre schriftlich eingeladen, die notwendigen Impfungen oder helfende Maßnahmen der öffentlichen Einrichtungen für ihren Säugling in Anspruch zu nehmen. Über 95 Prozent der Mütter erklärten, daß sie sich wohl über die Anteilnahme freuen, aber aus eigener Kraft, mit eigenen Möglichkeiten der Familie ihr Neugeborenes gut betreuen können.

#### Dem verderblichen Einfluß der Straße entzogen

Das Wohlfahrtsamt betreut im Rahmen von "Jugend am Werk" auch jene schulentlassene Jugend, die bei Beendigung der Schulzeit das vierzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat und daher kein Arbeitsverhältnis eingehen darf, oder solche Schulentlassene, die aus gesundheitlichen oder anderen Gründen keine passende Lehrstelle finden konnten. Neben der Mustereinrichtung in der Grundsteingasse mit den vielen Werkstätten, in denen gegenwärtig 63 männliche und 125 weibliche Jugendliche arbeiten, werden noch in zehn Kursstellen 388 Jugendliche von dem verderblichen Einfluß der Straße ferngehalten. In der Lehrwerkstätte für die metallverarbeitenden Gewerbe, zu der vom Österreichischen Gewerkschaftsbund finanzielle Leistungen erfolgen, werden 128 Lehrlinge ausgebildet. In den Heimen der Caritas sind ständig 50 Mädchen von "Jugend am Werk" tätig.

#### Die Betreuung der Dauerbefürsorgten

Der Betreuung der städtischen Dauerbefürsorgten wird auch im kommenden Jahr besonderes Augenmerk zugewendet. Dies kommt auch im finanziellen Aufwand deutlich zum Ausdruck. Den Einnahmen aus diesem Titel von 2,4 Millionen Schilling stehen Ausgaben von 102,8 Millionen Schilling gegenüber. Davon entfallen für Dauerunterstützungen, Aushilfen und Wohlfahrtskrankenpflege 75,4 Millionen, auf die Ausgleichszulagen nach dem ASVG 15 Millionen,

./.

auf die Blindenbeihilfen 6 Millionen, auf die Tagesheimstätten und den Landaufenthalt für die Dauerbefürsorgten rund 2,3 Millionen Schilling. In vielen Tagesheimstätten werden auch Sozialrentner, die nur die Mindestrente erhalten, aufgenommen.

Für das Jahr 1957 ist ein weiterer Ausbau der arbeitstherapeutischen Kurse beabsichtigt. Es ist der Ausbau der physikalischen Therapie geplant, ferner die Aufnahme von männlichen Blinden in den Werkstätten, und es sollen durch intensivere Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern mehr Kursteilnehmer vermittelt werden.

Im Voranschlag ist der Betrieb von 66 Tagesheimstätten mit einer täglichen Besucherzahl von rund 5.000 Personen vorgesehen.

An der Landaufenthaltsaktion für Dauerbefürsorgte haben vom Jahre 1952 bis 1956 9.754 Personen teilgenommen.

Im Voranschlag sind nicht nur wieder die Kosten für den Landaufenthalt von 3.000 Personen vorgesehen, sondern auch 100.000 Schilling für Zuwendungen an Dauerbefürsorgte, die aus besonderen Gründen an der Landaufenthaltsaktion nicht teilnehmen können.

Für die auf Grund des neuen Wiener Landesgesetzes beschlossenen Blindenbeihilfen (450 Schilling für Vollblinde, 300 Schilling für den praktisch Blinden, 13mal jährlich) dürften schätzungsweise 1.350 Personen in Betracht kommen.

Der Gemeinderat hat die Richtsätze für die Dauerbefürsorgten vom 1. Februar 1956 an bedeutend erhöht. Im Zusammenhang mit den erhöhten Mindestrenten in der Sozialversicherung wird auch eine Revision der städtischen Dauerunterstützungen erfolgen. Sie wird der Gemeinde erhebliche Kosten verursachen. Noch immer ist die Zahl der Personen, die ständig monatliche Renten von der Gemeinde erhalten, sehr groß. Anfang November waren es 15.165. An erster Stelle stand die Landstraße mit 980 Dauerunterstützten, ihr folgten Favoriten mit 950, Fünfhaus mit 948 und Ottakring mit 944 Dauerunterstützten. An letzter Stelle steht Hietzing mit 171 Dauerunterstützten. Bemerkenswert ist die große Zahl der dauerunterstützten Frauen. Von den 15.165 im Bezuge der monatlichen Unterstützung stehenden Personen sind 13.305 Frauen und nur 1.860 Männer.

### Für Ehe und Familie

In der am 2. Oktober 1956 eröffneten Ehe- und Familienberatungsstelle werden zweimal wöchentlich Beratungsabende abgehalten. Bis 6. Dezember 1956 wurde diese Stelle an 18 Beratungsabenden von 286 Personen besucht. Es entfallen somit auf einen Beratungsabend durchschnittlich 16 Besucher. Es erscheinen sowohl Ehepaare, als auch Ehepartner allein, wobei mehr Frauen ihren Fall zuerst anhängig machen. Vorwiegend handelt es sich um psychologische Probleme; aber auch juristische Fragen werden vorgebracht. Ziemlich hoch ist auch die Zahl der Fälle, die einer psychiatrischen Beratung bedürfen. Vereinzelt müssen Gutachten von Fachärzten eingeholt werden. In der kurzen Zeit des Bestandes der Beratungsstelle ist es bereits gelungen, gefährdete Ehen zu normalisieren bzw. zu erhalten. Bei den Beratungen zeigt sich besonders der Einfluß der berufstätigen Frau auf den Bestand der Ehe. Nach dem Ausweis des Jahres 1955 des Statistischen Zentralamtes stellt sich heraus, daß die Scheidungsziffer der berufstätigen Frauen viermal so hoch ist, wie die Zahl der Frauen, die sich ganz der Familie widmen.

### Die Betreuung der Flüchtlinge

Im übertragenen Wirkungskreis besorgt das Wohlfahrtsamt auch die Fürsorge für die Flüchtlinge. Es bestehen vier Lager, in denen noch 1.640 Flüchtlinge aus dem zweiten Weltkrieg untergebracht sind. Ihre Zahl geht ständig zurück. Es konnten einige Lager, vor allem in Schulen befindliche, bereits aufgelassen werden. Diese erfreuliche Entwicklung wurde jäh durch die anfangs November in Ungarn eingetretenen Ereignisse unterbrochen. Die Gemeinde wurde durch den ungeheuren Strom von Flüchtlingen, der über Nacht hereingebrochen war, vor ein schier unlösbares Problem gestellt. Daher konnte die Fürsorge für diese unglücklichen Menschen in den ersten Tagen nur ein Provisorium sein. Aber von Tag zu Tag wuchsen die Anforderungen, die an die Beamten des Wohlfahrtsamtes gestellt wurden. Sie haben restlos ihre Pflicht,

ja mehr als ihre Pflicht getan. Ihnen ist es zu danken, daß die Unterbringung und Betreuung der vielen Tausende nahezu klaglos durchgeführt werden konnte. Sie stehen immer noch in einem Einsatz, der ein Übermaß von Hingabe und Nervenkraft beansprucht. Sie haben mit den in der Fürsorge ehrenamtlich wirkenden Funktionären die so erfolgreiche Sammlung in den Straßen durchgeführt. Es ist wohl eine Selbstverständlichkeit, wenn der Gemeinderat diesen Frauen und Männern für ihren selbstlosen Einsatz den wärmsten Dank ausspricht! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Nach Angaben der Polizeidirektion beträgt die Zahl der in Wien befindlichen ungarischen Flüchtlinge ungefähr 35.000. Bisher wurden an Spenden 15 Tonnen Kleider, 10 Tonnen Lebensmittel und 4.000 CARE-Pakete verteilt. Wir wünschen dem ungarischen Volk aus ganzem Herzen: Es möge bald die volle Souveränität erlangen und in Frieden und Freiheit einer glücklichen Zukunft entgegengehen! (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

In der Verwaltungsgruppe für das Wohlfahrtswesen sind 2.466 Angestellte tätig. Sie haben mitgeholfen an dem schönen Bau der Jugend- und Altersfürsorge. Ihnen und den Vorständen der Fürsorgeämter mit ihren ehrenamtlichen Funktionären gilt unser Dank. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Wir Wiener Sozialarbeiter bekennen uns nach wie vor zu dem Ausspruch Professor Tandlers, des großen Reformators der Wiener Fürsorge: "Sinn und Zweck einer Generation kann nur die Sorge um die nächste sein!" (Beifall bei der SPÖ.)

#### Debatte über Wohlfahrtswesen

Als erster Debattenredner zu den Ansätzen der Geschäftsgruppe Wohlfahrtswesen spricht GR. Lauscher (VO). Er bezeichnet sie als gering, gibt jedoch seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß die vorgenommenen Erhöhungen doch gewisse Verbesserungen ermöglichen werden. Er stellt fest, daß derzeit kein krasser Mangel an Kindergärten besteht, vielmehr fehlt es an Horten und Heimschulen.

Dies bezeichnet er als ein brennendes Problem, das mit voller Aufmerksamkeit behandelt werden müsse. Der Redner glaubt, man könnte in aufgelösten Schulen mehrere Hortgruppen unterbringen. Acht Heimschulen für ganz Wien bezeichnet er ebenfalls als zu gering und meint, daß hier große Unterlassungen begangen werden, die sich einmal rächen müssen. Er setzt sich zugleich auch für die Schaffung von zusätzlichen Säuglingskrippen, den Ausbau von Jugendspielplätzen sowie die Herabsetzung der Kinderfahrpreise, die die Mütter von Kindern, die in die städtischen Sommerkindergärten geschickt werden, zu zahlen haben. Der Redner stellt einen Antrag, die Stadtverwaltung möge Erhebungen durchführen lassen, bei denen festgestellt werden soll, wieviele Wiener Kinder ohne Schlafstelle sind.

Er beschäftigt sich dann mit dem Problem der Schulentlassenen und stellt fest, daß im vergangenen Jahr nicht weniger als 8.000 Schulentlassene beruflich unversorgt blieben. Er bedauert, daß sich das Jugendeinstellungsgesetz nicht voll auswirken konnte und stellt einen Antrag, die Gemeinde Wien möge eine Musterlehrwerkstätte und ein Jungarbeiterheim errichten. Die Zahl des Fachpersonals, die der Jugendfürsorge zur Verfügung steht, bezeichnet er als zu gering und regt eine Vermehrung der Bediensteten an. Abschließend zum Kapitel der Jugendfürsorge erklärt er, daß auf diesem Gebiete manches Mustergültige geschaffen wurde.

Zu den Ansätzen für die Erwachsenenfürsorge gibt er der Meinung Ausdruck; daß ein großer Teil der Mehraufwände für die Altersheime auf die bauliche Instandsetzung der Objekte entfällt. Dennoch glaubt er, die Gemeinde Wien könnte auch hier manche Verbesserungen durchführen und regt an, in den Altersheimen Fernsehapparate aufzustellen. Den in offener Fürsorge stehenden Personen werden seiner Meinung nach sehr oft zu viele Wege vorgeschrieben, wenn sie vom Fürsorgeamt Schuheinlagen, Brillen oder Bäderkarten brauchen. Als sehr erfreulich bezeichnete er die Erweiterung der Landaufenthaltsaktionen für die Dauerbefürsorgten. Abschließend spricht er sich für die Erhöhung der Richtsätze für Dauerbefürsorgte aus und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die für diese Mehrausgaben notwendige Bedeckung gefunden werden kann. Seine Fraktion wird dem Kapitel Wohlfahrtswesen die Zustimmung geben.

GR.Dr. Helene Stürzer (ÖVP) stellt fest, daß auf dem Gebiete des Wohlfahrtswesens im Jahre 1956 viel und Positives geleistet wurde. Auch das ASVG hat sich in dieser Gruppe ausgewirkt. Viele alte Leute, die bisher in Dauerfürsorge der Gemeinde standen, sind nun Sozialrentner geworden. Erfreulich ist auch die Bereitstellung von Mitteln zur Ehrung von Pflagemüttern. Die beste Heimpflege könne einem Kind nicht die Fürsorge und Liebe der Familie ersetzen. Zu den Tageserholungsstätten stellt die Rednerin fest, es sei richtig, daß diese hergerichtet und modernen Verhältnissen angepaßt werden. Es soll nur dann nicht so sein, daß diese Erholungsstätten nur an politisch begünstigte Organisationen vergeben werden. Es sollten alle Vereinigungen, die auf diesem Gebiete bereits Leistungen erbracht haben, hierbei berücksichtigt werden. Dasselbe gelte für die Vergütung, die die Gemeinde für Hortplätze leistet und die Zuschüsse für die städtischen Kindergärten. Diese Zuschüsse müßten auch jenen privaten Kindergärten gegeben werden, in denen Eltern ihre Kinder aus weltanschaulichen Gründen unterbringen. Für die Aktion "Jugend am Werk" wäre ein Kuratorium zu gründen, schon um die demokratische Verwaltung zu gewährleisten. Die Erhöhung der Summe für Stipendien und Gastärzte muß als erfreulich bezeichnet werden, ist doch damit endlich die Gewähr gegeben, daß die jungen Ärzte ein etwas würdigeres Äquivalent für ihre Arbeit bekommen. Gleichfalls zu begrüßen ist der Abschluß des Blindenbeihilfengesetzes und die Zusicherung, daß Blinde eingestellt werden sollen. Man möge auch bei einer Erhöhung der Richtsätze der öffentlichen Fürsorge nicht darauf vergessen, das Taschengeld für die in geschlossener Fürsorge befindlichen Menschen zu erhöhen. Der Heizzuschuß an die Dauerbefürsorgten müßte so lange gewährt werden, als die Heizperiode wirklich dauert. Eine weitere Erleichterung müßte auf dem Gebiet der Haushaltshilfen für Dauerbefürsorgte geschaffen werden. Es sollte nicht für jede Leistung ein Beleg verlangt werden, sondern nach der Entscheidung eines Arztes die Haushaltshilfe monatlich ausbezahlt werden. Bei den Tagesheimstätten wäre die Einführung eines zweiten sorgenfreien Tages im Monat zu begrüßen.

Das Filmmaterial, das zur Unterhaltung der Besucher dieser Tagesheimstätten zur Verfügung steht, müßte durch Kultur- und Spielfilme ergänzt werden, wenn es wirklich der Unterhaltung dienen soll. Bei den Urlauberkaktionen für Gemeindefürsorgte müßte auf jene Menschen, die Diätkost brauchen, Rücksicht genommen werden. Für die Muttertagsfeiern, die nun schon einige Jahre immer auf dem Kahlenberg abgehalten werden, müßte einmal eine andere Art gefunden werden. Außerdem sollten alle dauerbefürsorgten Mütter dazu eingeladen werden, ohne Ansehung des Alters.

Große Sorge erwuchs der Stadtverwaltung in den vergangenen Wochen durch den großen Flüchtlingszustrom. In der Hilfeleistung für die Ärmsten der Armen haben sich alle Wiener zusammgefunden. Alle haben dazu beigetragen, die ärgste Not zu lindern. Von Seiten der Verwaltung ist alles geschehen, was nur möglich war. Eine gute Zusammenarbeit aller Fürsorgestellen wird auch auf diesem Gebiet in Zukunft notwendig sein. Abschließend fordert die Rednerin die Schaffung eines Fürsorgekompetenzgesetzes. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Maria Hlawka (SPÖ) weist auf das große Interesse der Welt an den Wiener Fürsorgemaßnahmen und -einrichtungen hin. Vieles wurde von anderen Ländern nachgeahmt. Man könne auch heute wieder mit Stolz feststellen, daß auf dem Gebiete der Fürsorge viel geschehen ist. Die Landaufenthaltsaktion, die im Jahre 1952 mit 300 Teilnehmern erstmals durchgeführt wurde, wird im kommenden Frühjahr den 10.000. Urlauber verabschieden. (Beifall bei der SPÖ.)

Es wurden oft Vorwürfe erhoben, daß in die Tagesheimstätten der Gemeinde auch viele Sozialrentner kommen. Es ist jedoch schwer, diese Menschen abzuweisen, die oft finanziell schlechter gestellt sind als die Dauerbefürsorgten der Gemeinde. Hier kann man doch nicht hartherzig sein.

Zu dem Vorwurf der ÖVP-Debattenrednerin, daß die Muttertagsfeiern immer auf dem Kahlenberg stattfinden, bemerkte die Rednerin, daß die alten Mütter immer wieder gerne auf dem Hausberg der Wiener kommen. Außerdem gibt es viele alte Frauen die noch nie auf dem Kahlenberg waren.

Die Pflegekinder sind eine große Sorge der Gemeindeverwaltung.

Es gelingt trotz allen Bemühungen nur sehr schwer, Pflegeplätze bei Familien zu finden. Die Rednerin begrüßte daher die Einrichtung der Großpflegefamilie. Die sozialistischen Frauen sehen die Mutterschaft als eine soziale Leistung an. Deshalb sollen die Großfamilien gefördert und solche Pflegemütter auch sozialversichert werden.

Zu den Kindergärten bemerkt die Rednerin, daß es weiter notwendig ist, neue Kindergärten zu bauen. In Favoriten zum Beispiel gibt es 765 Vormerkungen für städtische Kindergärten. Wenn in anderen Teilen Wiens Kindergärten nicht voll ausgenützt sind, so solle man diese in Kinderhorte umwandeln.

Als erfreulich bezeichnete die Rednerin, daß die Ausstattung des Säuglingswäschepaketes wieder verbessert wurde. Ebenso begrüßte sie die Einführung der Eheberatungsstelle, die bereits vor zwei Jahren bei einer Enquete sozialistischer Frauen verlangt wurde. Sie regte jedoch an, Nebenstellen einzurichten und die Einrichtung auszubauen.

Abschließend würdigte die Rednerin die Leistungen der Beamten der Magistratsabteilung 12 bei der Bewältigung des Flüchtlingsproblems. (Beifall bei der SPÖ.) Die Rednerin sagte, sie hoffe, daß wir als freies demokratisches Land von der übrigen Welt die nötige Unterstützung erhalten werden, um den Flüchtlingen helfen zu können. Die Wiener Bevölkerung hat an den Sammeltagen bewiesen, daß sie zu allen Opfern bereit ist, damit Freiheit und Recht bewahrt bleiben.

In der Überzeugung, daß auf dem Gebiet der Fürsorge auch im kommenden Jahr so viel wie heuer geleistet werden wird, gab die Rednerin im Namen Ihrer Fraktion die Zustimmung zu den Ansätzen des 4. Hauptstückes. (Beifall bei der SPÖ.)

Vizebürgermeister Honay beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den Ausführungen der Gemeinderätin Dr. Stürzer (ÖVP) vor allem mit dem Vorwurf, daß die Tagesheimstätten zeitweise auch anderen Organisationen zur Verfügung gestellt werden.

Wo es der Fall ist, so sagt er, handelt es sich um ehemalige von den Kinderfreunden durch die Stadt Wien übernommene Objekte. Bei der Übernahme wurden mit den Kinderfreunden Verträge abgeschlossen, die eingehalten werden müssen. So wird es auch der Caritas gegenüber gehandhabt. Er verwahrt sich weiters gegen den Vorwurf, daß bei der Aufnahme von Kindern in den Städtischen Kindergärten Ausnahmen gemacht werden. Im allgemeinen sind wir in der Lage, sagte er, jedes Kind aufzunehmen. Nur in einigen Außenbezirken, wo durch die rege Bautätigkeit der Gemeinde Wien ein Bevölkerungszuwachs entstanden ist, gebe es vereinzelt mehr Anmeldungen als Kindergartenplätze. Er wendet sich gegen die Anregung, wonach jene Eltern unterstützt werden sollen, die ihre Kinder in private Kindergärten schicken wollen. Durch eine solche Einführung verlieren diese Organisationen ihre Existenzberechtigung. Diese Einstellung habe mit religiösen Fragen nichts zu tun. Was das ausgesprochene Mißtrauen der Debattenrednerin der ÖVP gegen die Filmvorführungen in den Tagesheimstätten betrifft, erklärt Vizebürgermeister Honay, daß damit lediglich die Absicht verfolgt wird, unseren Dauerbefürsorgten die Leistungen der Wiener Gemeindeverwaltung zu zeigen. In dieser Hinsicht geschieht noch mehr. Er erinnerte daran, daß heuer 5.000 Besucher der Tagesheimstätten zu einer Rundfahrt durch das Neue Wien eingeladen wurden. Was den Einwand gegen die bei den Geschäftsleuten von Funktionären der Bezirksfürsorgestellen zugunsten der Dauerbefürsorgten durchgeführten Sammlungen betrifft, erklärt der Berichterstatter, daß auch er kein Freund von solchen Sammlungen ist. Es ist aber bekannt, daß es in den Bezirken viele sehr karitativ eingestellte Geschäftsleute gibt, die sich nicht verschließen, für die Dauerbefürsorgten etwas zu tun. Der "Sorgenfreie Tag", sagt er abschließend zu den Ausführungen von GR. Dr. Stürzer, werde auch weiterhin durchgeführt, ebenso die Mütterehrerungen auf dem Kahlenberg, wobei es bei der großen Anzahl der dauerbefürsorgten Mütter schwer sein wird, die für dieses Fest festgelegte Altersgrenze herabzusetzen.

Die von Gemeinderätin Hlawka (SPÖ) vorgebrachte Anregung, die Pflegemütter mehrerer Kinder in die Sozialversicherung einzu-

gliedern, begrüßte er. Zum Abschluß seiner Ausführungen sprach er allen Mitarbeitern im städtischen Wohlfahrtswesen seinen Dank aus. Die beiden Anträge von GR. Lauscher (VO) empfahl er der Ablehnung. Bei der Abstimmung wurden die Ansätze des 4. Hauptstückes mit den Stimmen aller Parteien angenommen, die Beschlußanträge von GR. Lauscher mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Schweinehauptmarkt vom 18. Dezember

=====

18. Dezember (RK) Unverkauft vom Vormarkt: Polen 120, Jugoslawien 84, Rumänien 216, Bulgarien 196, Ungarn 25. Neuzufuhren Inland: 5.430, Polen 371, Jugoslawien 989, Rumänien 737, Bulgarien 298, Ungarn 397. Gesamtauftrieb: 8.862. Unverkauft keine.

Preise: Extremware 17.50 bis 18 S Schlachtgewicht, 1. Qualität 13.80 bis 14 S Lebendgewicht, 17.30 bis 17.50 S Schlachtgewicht, 2. Qualität 13.60 bis 13.80 S Lebendgewicht, 3. Qualität 13 bis 13.50 S Lebendgewicht, Zuchten 11.80 bis 12.80 S Lebendgewicht, Altschneider 10.50 bis 11 S Lebendgewicht. Der Durchschnittspreis für Inlandschweine erhöhte sich um 31 Groschen pro Kilogramm und beträgt demnach 13.93 Schilling. Polnische Schweine notierten von 13.20 bis 14 S, jugoslawische Schweine von 12.50 bis 13.60 S, rumänische Schweine von 12.90 bis 13.80 S, bulgarische Schweine von 13.20 bis 13.80 S und ungarische Schweine von 13.20 bis 13.80 S.

- - -

### 5. Hauptstück: Gesundheitswesen

=====

18. Dezember (RK) Der Berichterstatter für das 5. Hauptstück - Gesundheitswesen - ist Vizebürgermeister Weinberger (ÖVP).

Die gesamte Einnahmeseite dieser Geschäftsgruppe, sagte er einleitend, beträgt zusammen 385,406.200 Schilling, die gesamte Ausgabenseite aber einen Betrag von 846,535.100 Schilling. Der Gesamtabgang dieser Verwaltungsgruppe macht also 461.128.900 Schilling aus.

#### Gesundheitsdienst wird immer kostspieliger

Schon aus diesen gewaltigen Zahlen ist zu ersehen, daß der Gesundheitsdienst einer großen Stadt kaum jemals ein Geschäft, sondern immer kostspieliger und teurer werden wird. Das ist aus verschiedenen Umständen bedingt und nicht zu ändern. Die Medizin macht immer weitere Fortschritte, die Untersuchungsmethoden werden komplizierter, vielfältiger, die Medikamente und andere Heilmittel reichhaltiger und das Lebensalter unserer Mitbürger wird immer höher. Es ist verständlich, daß sie alle das Bestreben haben, ihre Gesundheits zu erhalten und ihre gefährdete, ihre gestörte Gesundheit mit allen Mitteln, auch mit den modernsten und kostspieligsten wiederzugewinnen. Die Zahl der Ärzte und Schwestern, die Zahl des übrigen Verwaltungspersonals wird ebenfalls kaum zurückgehen. Auch sie wird, wieder infolge der Intensivierung des ärztlichen Dienstes, der vielen Nebenleistungen, die er erfordert, der kleineren Zimmer usw., eher noch ansteigen.

#### Tbc wird aufmerksam verfolgt

Unter den Infektionskrankheiten kommt der Tuberkulose noch immer ein ganz besonderes Interesse zu. Wenn auch die Tuberkulose überall auf der ganzen Welt ständig zurückgeht, sowohl was die Zahl der Erkrankungen als auch die Zahl der Todesfälle betrifft, so muß diese Bewegung doch aufs genaueste überprüft und ständig verfolgt werden.

In Wien starben im Jahre 1900 7.767 Menschen an Tuberkulose, davon 6.276 an Lungen-Tbc, 1955 nur mehr 676, davon 589 an Lungen-Tbc. Anders liegen die Dinge allerdings bei alten Menschen: 1900 starben 137 Personen über 70 Jahre an Tuberkulose, 1955 dagegen 236. Auf je 100.000 Menschen gerechnet starben 1900 noch 473.7 Personen, 1955 nur mehr 42. Besonders auffällig ist die Abnahme der Tbc-Sterblichkeit in der Jugend. 1953 sank die Sterblichkeit zwischen Geburt und Ende des fünften Lebensjahres gegenüber 1911 von 100 auf 1.6, jenseits des 70. Lebensjahres aber nur von 100 auf 72.9. International gesehen freilich schneidet Österreich viel schlechter ab, was im Hinblick auf das Vorhergesagte auf die bekannte Überalterung unserer Bevölkerung zurückzuführen ist. So zum Beispiel nennt die Ziffer für 100.000 Menschen nach der letzten Statistik in Dänemark 13.8 Todesfälle, in Österreich dagegen 50.

Die Tuberkulosenstatistik von Jänner bis Oktober 1956 für Wien zeigt uns, daß die Gesamtzahl der Besucher in den Tuberkulosenfürsorgestellen in dieser Zeit 112.195 betrug. Davon waren an Neuzugängen insgesamt 20.928, an aktiver Tuberkulose waren 2.129 erkrankt, davon an aktiver Lungen-Tbc. 1.783. An Todesfällen waren vom Jänner bis Ende Oktober 1956 487 zu zählen gegenüber 589 im ganzen Jahr 1955.

Nachweisbar ist nach wie vor der wichtigste Teil der Lungenuntersuchung die Röntgenuntersuchung. Es wird daher notwendig sein, für jene Tbc-Fürsorgestellen, die für eine Aufstellung von Röntgenapparaten nicht die geeigneten Räume haben, neue Räume zu beschaffen, um auch diese Stellen dann mit den erforderlichen Röntgenapparaten ausstatten zu können.

Wenn man die Bedeutung und Schwere einer Krankheit nur nach der Zahl der Toten, die diese Krankheit fordert, beurteilt, dann ist die in weiten Kreisen gestellte Frage "Ist die Tuberkulose überhaupt noch eine Volkskrankheit und lohnt es sich überhaupt noch, im Budget größere Geldmittel für ihre Bekämpfung zur Verfügung zu stellen" verständlich.

Aber nicht die Zahl der Toten, die die Tuberkulose fordert, ist entscheidend für die Höhe der Geldmittel, die ein Land zur Bekämpfung dieser Krankheit zur Verfügung zu stellen hat, sondern wie viele Rentner, wieviele arbeitsunfähige Menschen, die von der Allgemeinheit erhalten werden müssen, die Tuberkulose hinterläßt.

Ihre genaue Zahl ist nicht bekannt, aber jeder Fachmann kann bestätigen, daß diese Zahl im ständigen Ansteigen begriffen ist. Unter diesem Gesichtspunkt ist die Tuberkulose heute noch als Volksskrankheit anzusehen. Man kann sogar behaupten, daß die Tuberkulose unter den derzeitigen Behandlungsmethoden oder besser gesagt, unter dem derzeitigen Behandlungsmodus nur noch chronischer geworden ist. Da heute der Tuberkulosekranke länger lebt, sind wir vor neue Aufgaben gestellt: Erstens diese Kranken zu erhalten und zweitens entsprechende Maßnahmen zu treffen, um das Weiter-Umsichgreifen der Krankheit zu verhindern und durch geeignete Vorkehrungen dafür zu sorgen, daß die Zahl der Arbeitsunfähigen, die diese Krankheit zurückläßt, nicht allzugroß wird.

Vom Tuberkulosereferat wird für das Jahr 1957 die Herausgabe aufklärender Broschüren über das Wesen der Tuberkulose und ihre Verhütung in Aussicht genommen.

#### Die Infektionskrankheiten

Vizebürgermeister Weinberger beschäftigt sich dann mit der Statistik über die Entwicklung der wichtigsten Infektionskrankheiten und Seuchen in den letzten Jahren. So hat sich der Scharlach in den letzten 20 Jahren ganz wesentlich geändert und nimmt gegenwärtig einen ganz anderen Verlauf. Während zum Beispiel 1939 noch 5.828 Scharlachfälle mit 82 Sterbefällen registriert wurden, waren es bis Ende 1956 nur 1.841 ohne einen einzigen Sterbefall. Auch die Diphtherie, einst eine der gefürchtesten Kinderkrankheiten, ist für die öffentliche Gesundheit keine Gefahr mehr. 1939 erkrankten an Diphtherie 4.555 Kinder, im Jahre 1956 bisher 61. Vor 17 Jahren wurden 175 Todesfälle verzeichnet, heuer nur ein Todesfall.

Typhus und Paratyphus zeigen abgesehen von den Spitzen in den Jahren 1945/46 gleichfalls eine sinkende Linie und erreichten 1956 etwa die Hälfte der Zahl von 1929.

Für die Kinderlähmung läßt sich noch keine Norm festlegen,

da hier immer wieder Jahre mit besonders hohen und äußerst geringen Ziffern an jährlichen Erkrankungsfällen aufscheinen. Seit dem Jahre 1939 wurde die 200er Grenze nur im Jahre 1941 und 1955 knapp erreicht, schnellte 1947 auf 488 hinauf und bewegt sich im allgemeinen zwischen 40 und 50 Erkrankungsfällen, wobei die Zahl der Todesfälle zwischen 10 Prozent und 22 Prozent schwankt. Heuer betrug sie nur 0.5 Prozent.

#### Die Organisation des Gesundheitsdienstes

Im Zusammenhang damit gab der Referent einen Überblick über die hygienischen Einrichtungen sowie die Organisation der ärztlichen Betreuung, die vom städtischen Gesundheitsamt in den Lagern für ungarische Flüchtlinge geschaffen werden mußten. Dem städtischen Gesundheitsdienst ist dadurch zusätzlich ein neues und umfangreiches Tätigkeitsgebiet entstanden. Zu den Gerüchten über den angeblichen Ausbruch von Ruhrerkrankungen im ehemaligen Rothschildspital erklärte Vizebürgermeister Weinberger, daß es sich nicht um den Lagerteil mit ungarischen Flüchtlingen handelt, sondern um ein Nebenobjekt, das seit Jahren von Flüchtlingen aus einem anderen Land in Anspruch genommen wird. In diesem Teil des Rothschildspitals wurden vier Erkrankungen festgestellt, bei denen Ruhrverdacht besteht.

In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte er sich mit der Tätigkeit der Gesundenuntersuchungsstellen des Krebsreferates, die nun schon das sechste Jahr besteht und auf dem Gebiete der Krankheitsvorbeugung wichtige Pionierarbeit geleistet hat. Es zeigt sich hier aber immer wieder, daß mit einmaligen Untersuchungen die Tätigkeit der Gesundenuntersuchung nicht abgeschlossen werden kann. Die Tatsache des völlig latenten Verlaufes des Anfangstadiums der Krebserkrankung läßt eine frühzeitige Erkennung des beginnenden Krebsleidens wie der vorkrebsigen Erkrankungen nur durch eine periodische Untersuchung der sich noch gesundfühlenden Bevölkerung erwarten. Als wichtigste Maßnahme erscheint nach den bisher gesammelten Erfahrungen der Ausbau des Krebszellennachweises. In der Zeit vom 30. Oktober 1950 bis 30. November 1956, also seit dem Bestehen der Gesundenuntersuchungsstellen, wurden insgesamt 35.148 Personen, darunter 10.206 Männer untersucht.

Bei 1.899 Fällen ergab sich Krebsverdacht, weitere 20.635 Personen wurden wegen anderweitiger Erkrankungen ihren behandelnden Ärzten zugewiesen, darunter 3.834 Erkrankungen, die erfahrungsgemäß unbehandelt in ein Krebsleiden übergehen können.

Auf dem Gebiet der prophylaxen Medizin muß nach wie vor dem schulärztlichen Dienst größte Aufmerksamkeit gewidmet werden. Auf diesem Gebiet müssen noch einige Mängel beseitigt werden. Vor allem fehlt es an geeigneten Sprechzimmern in den Schulen. Die unzureichend honorierten Schulärzte, die nur nebenberuflich mit einer nicht ausreichenden Wochenstundenverpflichtung beschäftigt werden, haben im Durchschnitt bis zu neun Schulen mit 2.500 Schülern zu betreuen. Der Referent setzt sich unter anderem auch für eine ausreichende fachliche Ausbildung und Fortbildung der Schulärzte ein. Die angeregten Ausbildungskurse der Wiener Ärztekammer bezeichnete er als begrüßenswert.

Völlig unzureichend für den heutigen Stand der Medizin ist die derzeitige Handhabung der Schwangerenfürsorge der Gemeinde Wien. Die Säuglingssterblichkeit beträgt noch immer vier Prozent, konnte also während der letzten Jahre nicht gesenkt werden. Auch bei der Müttersterblichkeit und bei der Infektion während der Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett hat sich in den letzten Jahren nichts wesentlich gebessert. Ein Ausbau der Schwangerenfürsorge in Wien ist daher unbedingt notwendig. Die Schwangerenberatungsstellen müßten einer Zentralstelle unterstehen, an die alle schwierigen Fälle zu verweisen wären und in der Team von Fachärzten den werdenden Müttern in allen Sorgen und Nöten zur Seite stehen könnte.

#### Die hygienisch-bakteriologische Untersuchungsanstalt

hat ihre Arbeiten intensiviert und außer Tuberkulose- und anderen bakteriologischen Untersuchungen viel Arbeit für die einwandfreie Trinkwasserversorgung der Stadt Wien geleistet. Außerdem wurde im laufenden Jahr ein großangelegter Färbeversuch im Quellgebiet der ersten Hochquellenwasserleitung durchgeführt, durch den vor allem festgestellt werden sollte, wie rasch die anfallenden

Niederschlagsmengen von dem Gestein aufgenommen und durchgelassen werden und wie weit sich der Umfang des Quellgebietes erstreckt.

Bei der Desinfektionsanstalt kann mit zwei Anstalten das Auslangen gefunden werden. Die derzeit nicht im Betrieb stehende Reservedesinfektionsanstalt im 17. Bezirk kann bei Bedarf jederzeit herangezogen werden.

In den Schulzahnkliniken wurden im Schuljahr 1955/56 94.272 Kinder untersucht. Davon hatten 56,5 Prozent mindestens einen kariösen Zahn. 5.630 Kinder konnten ein zweites Mal untersucht und 47 Prozent davon behandelt werden. Als neue Aufgabe fällt den Schulzahnkliniken seit dem Februar dieses Jahres auch die Durchführung der Kariesprophylaxe durch Fluor-Tabletten zu. Es wurden hierfür 24.000 Schilling zur Verfügung gestellt. Auch die Kindergartenkinder werden durch die Schulzahnkliniken betreut. Unter dem Beifall des Gemeinderates spricht der Referent der scheidenden Leiterin der Schulzahnkliniken, Frau Primaria Dr. Greiner, den herzlichsten Dank für ihre hervorragenden Leistungen aus.

In den zehn Erziehungsheimen und sechs Lehrlingsheimen der Stadt Wien stehen 2.757 Betten zur Verfügung. Diese Heime konnten adaptiert und modernisiert werden.

Auch in den Altersheimen wurden Verbesserungen durchgeführt und neue Krankenabteilungen eingerichtet. Für das Jahr 1957 ist die Fortsetzung des Investitionsprogrammes und die weitere bauliche Neugestaltung der Altersheime vorgesehen. Der systemisierte Bettenstand beträgt derzeit 6.475. Das Erfordernis an Betten ist aber nach wie vor sehr groß und zeitweise lagen bis zu 300 Aufnahmeanträge vor, die nicht sofort erfüllt werden konnten.

Ein besonderes bitteres Kapitel bilden die Herbergen für Obdachlose. Derzeit können in den bestehenden Heimen selbst die dringendsten Notstandsfälle nicht mehr untergebracht werden. Eine derzeit nicht benötigte Schule soll daher in ein Heim für Obdachlose umgewandelt werden. Es muß alles unternommen werden, um die vielen sauberen und braven Menschen, die schon so lange Jahre in den Obdachlosenheimen zubringen müssen, endlich in ordentliche Wohnungen umzusiedeln.

### Die städtischen Krankenhäuser

In den Krankenhäusern der Stadt Wien beträgt der budgetmäßige Abgang nahezu 108 Millionen, um 33,5 Millionen mehr als im Jahre 1956, und der in den ehemaligen Fondskrankenanstalten nahezu 200 Millionen. Der Abgang in den Heil- und Pflegeanstalten in der Höhe von 41,5 Millionen muß noch dazugezählt werden. Dies ist ein sehr schweres und ernstes Kapitel. Ein Patient kostet derzeit pro Tag rund 130 Schilling. Die Gemeinde bekommt aber von den Krankenkassen nur 50 Schilling. Die Anzahl der Privatpatienten ist außerordentlich gering, sodaß auch bei einer Erhöhung der Verpflegskosten für diese Patienten keine wesentliche Mehreinnahme erzielt werden könnte. Entscheidend ist und bleibt die Leistung der Krankenkassen. Hier müßte Abhilfe geschaffen werden.

Im Brigittaspital werden vorläufig nur die unbedingt notwendigen baulichen Erhaltungsarbeiten durchgeführt, da über den künftigen Verwendungszweck noch nicht entschieden wurde.

Bei den ehemaligen Fondskrankenanstalten sind neben der laufenden Erhaltung der baulichen Anlagen, die 7 Millionen Schilling betragen, gleichfalls eine Anzahl größerer Bauvorhaben vorgesehen.

Um den Spitzenbedarf für Spitalsbetten zu decken, ist auch 1957 beabsichtigt, einige im Anstaltsbereich der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" liegenden Pavillone vorübergehend, und zwar vom Jänner bis längstens Ende Juni mit internen Kranken zu belegen. Ebenso soll für denselben Zeitraum das Rochusspital als Reserve-spital in Betrieb genommen werden.

Im Jahre 1956 war aber auch im Sommer die Bettensituation sehr angespannt, weil durch die Um- und Zubauten in den Krankenanstalten, außerdem aber auch durch den während der Urlaubszeit besonders spürbaren Schwesternmangel - eine sehr große Zahl von Krankenbetten nicht belegbar war. Für das Jahr 1957 besteht die Absicht, eine ähnlich angespannte Situation dadurch zu vermeiden, daß die Adaptierungsarbeiten soweit wie möglich zentral gelenkt werden. Außerdem ist auf eine Vermehrung der Zahl der Aushilfsschwestern während der Haupturlaubszeit zu hoffen.

In diesem Jahre kommen zu den übrigen Schwierigkeiten noch die großen zusätzlichen Belastungen durch die Flüchtlinge aus Ungarn. Es sind unter ihnen viele Kranke. So sind in unserer Lungenheilstätte schon einige ganz verheerende Tuberkuloseformen unter den Flüchtlingen festgestellt worden, Formen, die bei uns in Österreich schon geradezu zu einer Seltenheit geworden sind.

#### Die Heil- und Pflegeanstalten

Die Heil- und Pflegeanstalten stehen immer wieder im Blickfeld der Öffentlichkeit. Es gab und gibt Meinungen, die diese Anstalten als "Schlangengruben" und als sehr mangelhafte Einrichtungen betrachten. Darum ein paar Worte über die Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof". Es wird dort nicht nur gepflegt, sondern auch behandelt. Durch eine intensivere medikamentöse Behandlung wird versucht, das psychische Zustandsbild der geisteskranken Patienten günstig zu beeinflussen. Wenn auch nicht immer eine solche Besserung erzielbar ist, daß an eine Entlassung des Pflégelings gedacht werden kann, so tritt doch meist eine so weitreichende Besserung ein, daß von besonders schweren Beschränkungen abgesehen werden kann. Hingegen ist infolge der zunehmenden Lebenserwartung der Anteil der Altersdemenzen im Steigen begriffen. Dieses Leiden ist aber auch medizinisch nur bis zu einem gewissen Grad zu beeinflussen, sodaß die Pflegebedürftigkeit meist bis zum Eintritt des Todes bestehen bleibt. Daher ist für 1957 der Voranschlag für einen Belag mit 3.400 Betten in den beiden Anstalten erstellt worden, gegen 3.300 Betten im Jahre 1956 bei einem Gesamtbettenstand von 3.800. In der Heil- und Pflegeanstalt "Am Steinhof" wird sich also wohl bald die Notwendigkeit ergeben, daß ein weiterer Pavillon zur Unterbringung von Geisteskranken herangezogen wird.

### Dämon Alkohol

Das Problem der immer noch steigenden Alkoholikerefälle ist sehr ernst. Leider ist nach wie vor die Zahl der Aufnahmen von Alkoholikern in unseren Heil- und Pflegeanstalten im Steigen begriffen. In Steinhof wurden aufgenommen: Im Jahre 1950 insgesamt 735, davon 646 Männer und 89 Frauen; 1954 waren es 993, davon 871 Männer und 122 Frauen; 1955 waren es 1.192, davon 1.045 Männer und 147 Frauen.

Für diese große Zahl von Alkoholikern aber haben wir in der Gemeinde Wien keine entsprechende Isolierungsmöglichkeit; auch in anderen Anstalten nehmen diese ständig zu und bedauerlicherweise auch in unserer Lungenheilstätte.

Der Referent bedauerte es, daß die alte Forderung nach einer entsprechenden Trinkerheilstätte noch immer unerfüllt ist. Er habe sich über die kürzlich gemeldete Gründung des Vereines "Trinker-Genesungsheim" gefreut, auch wenn er pflichtgemäß dazu sagen müsse, daß ein derartiges Genesungsheim natürlich weder eine wirksame Trinkerfürsorge noch weniger aber die nach wie vor dringendst notwendige Trinkerheilstätte zu ersetzen vermag.

### Der Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst

Die Leistungen von Rettung und Sanität sind im heurigen Jahre gegenüber den Vergleichszahlen des Vorjahres schon bisher weiterhin angestiegen. An Ambulanzwagen stehen derzeit 66 Wagen zur Verfügung, und zwar für die Rettung 21, davon noch zwei alte Typen, für den Krankenbeförderungsdienst 45, davon vier alte, sodaß nicht mehr ganz 10 Prozent des gesamten Bestandes auf alte Typen entfallen. Da aus den Kreditmitteln und dem Zusatzprogramm 1956 weitere fünf Ambulanzwagen in Auftrag gegeben werden konnten, deren Fertigstellung noch in der allernächsten Zeit erfolgen soll, wird das Ausscheiden der letzten alten Typen in Kürze möglich sein. Die vom Referenten immer wieder geforderte und im Rahmen des Zusatzprogrammes 1956 genehmigte Ausstattung des Rettungsdienstes mit Funksprechgeräten ist im Gange, sodaß bis zum Jahresende der Funksprechbetrieb beim Rettungsdienst aufgenommen werden kann.

Vizebürgermeister Weinberger beschäftigte sich dann mit der "Konkurrenz", die unserem Rettungs- und Krankenbeförderungsdienst in der letzten Zeit entstanden ist. Wir sollten doch dafür Sorge tragen, daß in normalen Zeiten eine vernünftige Koordinierung zwischen städtischen Einrichtungen und zwischen denen des Roten Kreuzes und auch des Arbeitersamariterbundes erfolgt. Es ist sinnlos, wenn zu irgendeinem Unglücksfall sowohl die Rettung als auch das Rote Kreuz und womöglich auch noch der Arbeitersamariterbund auffährt. Es ist Verschwendung des gleichen Volksgeldes, wenn hier keine entsprechende Abgrenzung erfolgt. Und es ist meine feste Überzeugung, betonte der Referent, daß sich eine Großstadt wie Wien eine Rückführung des Rettungs- und Krankenbeförderungsdienstes in private Hände einfach nicht leisten kann, weil dieser Dienst zu den vornehmsten Aufgaben unserer Gesundheitsverwaltung gehört. Auf jeden Fall müssen wir den Männern unseres Rettungsdienstes und unseres Sanitätsdienstes, vor allem dem Chefarzt Dr. Motz, der mit außerordentlicher Gewissenhaftigkeit und seltener Pflichttreue tätig ist, unser aller besonderen Dank, den Dank des ganzen Wiener Gemeinderates und damit des ganzen Volkes von Wien aussprechen. (Beifall bei der OVP.)

#### Die Planung des neuen Allgemeinen Krankenhauses

Es ist erfreulich, daß heuer zum ersten Mal eine Budgetpost von einer Million Schilling wenigstens für die Planung des Allgemeinen Krankenhauses eingesetzt wurde. Es ist zu hoffen, daß es darüber hinaus gelingen wird, im nächsten Jahr nicht nur alle Vorarbeiten für den Neubau eines Allgemeinen Krankenhauses fertig zu bekommen, sondern auch das Preisausschreiben durchzuführen und alle anderen Vorarbeiten abzuschließen. Alle irgendwie zuständigen Stellen kamen schließlich zu der übereinstimmenden Erkenntnis, daß weit vom Stadtzentrum entfernt liegende Kliniken sowohl für die Patienten, als auch für die Ärzte und Studenten eine außerordentliche Belastung bedeuten würden. Außerdem könnte in einem derartigen Falle das neue Allgemeine Krankenhaus nicht in Etappen erbaut und die Übersiedlung von der alten Anstalt auch wieder nicht etappenweise durchgeführt werden.

Die Lage der Universität, der verschiedenen Institute, wie für Anatomie, Pharmakologie, Psychiatrie usw. ließ es ebenfalls angezeigt erscheinen, eine möglichst zentrale Lage zu wählen. Schließlich wurde der von mir immer wieder vertretene Vorschlag, das neue Allgemeine Krankenhaus auf dem Gelände der sogenannten neuen Kliniken, zwischen Lazarettgasse und innerem Gürtel zu errichten, angenommen.

Es ist selbstverständlich, daß ausländische Fachexperten herangezogen, Studienreisen durchgeführt, ein Wettbewerb ausgeschrieben wird und daß schließlich eine Jury aus besten Fachkräften des In- und Auslandes aus den besten Entwürfen den wieder möglichst allerbesten auswählt und dann mit dem Bau begonnen wird. Wie aus Mitteilungen des Finanzreferenten zu entnehmen war, wird es im nächsten Jahr, nach Vollendung einiger großer Bauvorhaben möglich sein, einen entsprechend großen Betrag für den Bau des neuen Allgemeinen Krankenhauses frei zu machen, sodaß auch die Bedeckungsfrage gelöst werden kann.

#### Der Mangel an geschulten Pflegepersonal

Zur Personalpolitik sagte Vizebürgermeister Weinberger, es ergehen sich immer wieder Fälle, die die großen Schwierigkeiten aufzeigen, in die der für eine Geschäftsgruppe sachlich zuständige Amtsführende Stadtrat kommt, wenn ihm in Fragen des ihm zugeteilten Personals kein, oder nur ein paktmäßig vereinbartes und viel zu geringes Mitspracherecht zugebilligt wird.

Der Fortschritt in der Medizin hat sich vor allem für die Sparten des Pflegepersonals arbeitsvermehrend ausgewirkt. Aus diesen Gründen werden von fast allen Anstaltsleitungen immer wieder Anträge auf Personalvermehrung gestellt.

Eine besondere Erschwernis ist der Mangel an geschultem Pflegepersonal, sodaß vielfach und entgegen den Bestimmungen des Krankenpflegegesetzes auch ungeschultes Personal eingestellt werden muß. Dessen Einschulung stellt für die im Dienst stehenden Schwestern eine zusätzliche Belastung dar, und zwar umsomehr, als ein Großteil dieser Kräfte den Anforderungen des Pflegeberufes nicht gewachsen ist und früher oder später wieder ausscheidet. Es erscheint daher unverständlich, daß Bewerberinnen, die, wie es in bestimmten Fällen geschehen ist, als Hausmeisterinnen oder

Schaffnerinnen nicht geeignet waren, als Aushilfspflegerinnen eingestellt wurden, dagegen bereits eingestellt gewesene Aushilfspflegerinnen, die von den Abteilungen, auf denen sie durch mehrere Monate Dienst versehen hatten, eine gute Dienstbeschreibung erhalten und zur Zufriedenheit der Vorgesetzten, Ärzte und Stations-schwestern gearbeitet haben, ausgeschieden und nicht wieder eingestellt wurden.

Einschließlich des Irrenpflegepersonals waren Ende 1955 von 4.783 Pflegepersonen 1.674 Schwestern mit einer absolvierten Krankenpflegerinnenschule, 1.489 waren mehr als weniger kurzfristig ausgebildet und 1.590 ohne jede Ausbildung. Das ist eine sehr bedauerliche und unter Umständen sogar gefährliche Entwicklung.

Abschließend sagte Vizebürgermeister Weinberger, es sei ihm eine Ehrenpflicht, seinen Mitarbeitern im Ausschuß, den Leitern der Magistratsabteilungen, den Referenten, Direktoren und Verwaltern, ganz besonders aber allen Ärzten, Schwestern, dem Pflege- und Erziehungspersonal, allen Arbeitern, Angestellten und Beamten für ihre gute, gewissenhafte und loyale Mitarbeit und Zusammenarbeit seinen besten Dank zu sagen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

#### Debatte über das Gesundheitsreferat

In der Debatte sagte GR. Dr. Christoph (VO), es habe sich seit der vorigen Budgetdebatte manches zum Besseren gewendet. Vieles aber ist noch verbesserungsfähig. Zwar gibt es heute tatsächlich keine echte Bettennot mehr, doch kann eine endgültige Entspannung nur durch den Neubau des Allgemeinen Krankenhauses entstehen. Es sei bedauerlich, daß nun wieder Schwierigkeiten und Streipunkte auftauchen. Der Redner bezeichnet es auch als einen Übelstand, daß Altersheimabteilungen als Spitäler geführt werden, ohne offiziell Spitäler zu sein. Dadurch ergeben sich Schwierigkeiten mit der Krankenkasse.

Der Redner begrüßt es, daß der Röntgenwagen nun endlich wirklich in Erscheinung getreten ist, und zwar bei der Musterung der Bundesheerrekruten. Die Kosten für die Reihenuntersuchungen wurden allerdings vom Verein "Heilstätte Alland" getragen. Dr. Christoph stellt den Antrag, diesem Verein dafür den Dank des Gemeinderatsausschusses auszusprechen. Er hoffe, daß der Röntgenwagen nun öfters verwendet werden wird.

Erneut erhob der Redner die Forderung nach Schaffung einer Trinkerheilstätte.

Der Redner kommt sodann auf die Vorwürfe, daß gefährliche Irre leichtfertig entlassen werden, die in letzter Zeit gegen den Leiter der Heilanstalt im Steinhof erhoben wurden, zu sprechen. Er stellt fest, daß es immer wieder vorkomme, daß Angehörige eines solchen Kranken diesen nicht in Spitalspflege belassen wollen, wenn dies nicht unbedingt erforderlich ist. Man könne die Verantwortung hierfür aber nicht der Gemeindeverwaltung anlasten.

Als wichtige Forderung bezeichnet er die Schaffung eines Umschlagplatzes für Gemüse und Obst. Die Entladung auf dem Matzleinsdorfer Bahnhof entspreche in keine Weise.

Auch dem Schwesternproblem komme große Bedeutung zu. Die Ursache in der geringen Zahl von diplomierten Schwestern dürfte in ihrer geringen Bezahlung, in der Arbeitszeit von wöchentlich 57 bis 60 Stunden, in den geringen Aufstiegsmöglichkeiten und den gesundheitlichen Gefahren, denen die Schwestern ausgesetzt sind, liegen. Der Redner stellt in diesem Zusammenhang einen Antrag, der die Aufnahme von Pflegerinnen, also Hilfsschwestern mit kürzerer Ausbildungszeit, verlangt. Auch bei Röntgenassistenten, Fürsorgerinnen usw. sei großer Mangel an Nachwuchs. Eine weitere Forderung des Redners ist die Einführung von Impfungen gegen die Kinderlähmung auf freiwilliger Basis. Zum Gastärzteproblem meint Dr. Christoph, daß, wenn die jungen Ärzte zur Aufrechterhaltung des Spitalsbetriebes notwendig sind, ihnen auch das Recht auf Anstellung und Bezahlung zustehe.

Ungeheuer sind die Belastungen, die der Gemeindeverwaltung aus dem Defizit der Spitäler erwachsen. Vor 1938 mußte die Stadtverwaltung für 3.143 Betten aufkommen, heute für das Vierfache. Das Defizit, das der Gemeinde während der Jahre 1950 bis 1955 aus den Spitalern erwachsen ist, beträgt 1.075 Millionen Schilling. Bei der Schaffung des neuen Krankenanstaltengesetzes müsse darauf geachtet werden, daß der Bund die gleichen Leistungen trägt wie vor 1938. Die Gemeinde Wien hat ein Recht darauf, den Bund zur Einhaltung seiner Verpflichtungen zu drängen.

Zusammenfassend muß zugegeben werden, stellt der Redner fest, daß sich auf dem Gebiete des Gesundheitswesens viel gebessert hat. Die aufgezeigten Mängel sind aber so grundlegender Natur und wären so leicht zu beseitigen, daß seine Fraktion den Ansätzen nicht zustimmen könne.

Der Debattenredner der ÖVP, Primarius Dr. Eberle (ÖVP), würdigte eingangs die Verdienste, die sich Vizebürgermeister Weinberger während seiner zehnjährigen Tätigkeit als Amtsführender Stadtrat für das Gesundheitswesen erworben hat. Er selbst, erklärte der Redner, wolle sich diesmal, nachdem er sich in den vergangenen Jahren mit den Einrichtungen der Wiener Spitäler beschäftigt habe, einigen besonders aktuellen Problemen zuwenden, vor allem der Schwesternfrage. Hier handelt es sich um ein Problem, mit dem sich alle Länder beschäftigen. Er erinnerte an das Ergebnis einiger Enqueten, die sich mit dieser Frage befaßt haben. Sie haben nachgewiesen, daß wir deshalb wenig Schwestern haben, weil wir sie nicht richtig behandeln. Das Gehalt einer Büroangestellten ist für diesen Beruf zu wenig, wenn man bedenkt, daß jede Schwester eine dreijährige schwere Internatszeit hinter sich hat. Die Ausbildung in den Internaten kann nach Meinung des Redners nicht herabgesetzt werden. Er benützt diese Gelegenheit, um den Schwestern in den Wiener Spitälern den Dank für ihre aufopfernde Arbeit zu sagen. (Beifall bei SPÖ und ÖVP.)

Das zweite Problem sind die Arbeitsbedingungen für Krankenschwestern. Daß sie von den Schwestern als unerfreulich bezeichnet werden, ist eine Folge des allgemeinen Mangels an Bediensteten in den Krankenhausabteilungen. Es fehlt an Hilfspersonal, und so muß die Krankenpflegerin Leistungen verrichten, die ihnen nicht zustehen. Man hört wiederholt Klagen der Schwestern, daß sie nicht in der Lage sind, neben der Krankenpflege auch Hausarbeiten zu machen. In der Urlaubszeit haben die Spitäler schwer unter einem Mangel an Urlaubsvertreterinnen zu leiden. Der Redner erhebt die Forderung, daß unbedingt für mehr Urlaubsvertreterinnen Sorge getragen werden muß. Und nicht zuletzt ist es die Wohnungsfrage, die im Interesse der Krankenpflegerinnen gelöst werden muß. Der Redner gebe zu, daß die Gemeinde Wien manches in dieser Hinsicht schon getan hat, doch bleibe noch immer vieles nachzuholen.

Der Redner kommt dann auf das Ärzteproblem zu sprechen und erinnert daran, daß er sich seit 1949 wiederholt mit dieser Frage im Wiener Gemeinderat beschäftigt habe. Die moderne Medizin, sagt er, verlangt immer mehr an Kosten und Ärzten. Dazu sei zu sagen, daß die Zahl der systemisierten Ärzte in unseren Spitälern nicht ausreicht, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Der Bedarf an Ärzten ist je nach Krankenhaus verschieden und kann nicht nach einer Schablone festgelegt werden. Er wendet sich an den Amtsführenden Stadtrat für Personalangelegenheiten und bedauert, daß er sich bei den gestrigen Verhandlungen mit den jungen Ärzten festgenagelt habe. Die jungen Ärzte hätten dem Redner mitgeteilt, daß sie ihre Protestbewegung nur deshalb durchgeführt hätten, weil sie nicht angehört wurden. "Vielleicht werden Sie einmal, Herr Stadtrat, einen dieser Ärzte brauchen", sagte der Redner. (Diese Bemerkung löste bei der SPÖ heftige Zwischenrufe aus. Nachdem der Vorsitzende, GR. Dr. Dipl.-Ing. Hengl, die Ordnung wiederhergestellt hatte, setzte der Redner seine Ausführungen fort und sagte:) "Sie haben nicht aussprechen lassen. Ich wollte sagen, daß Sie dieser Arzt so anständig behandeln wird, wie jeden Menschen, der in Not kommt. (Neuerliche Zwischenrufe der SPÖ.)"

Der Redner gibt der Meinung Ausdruck, daß es an der Zeit ist, das Gastärzteproblem abzubauen, denn niemand habe eine Freude an den Gastärztestipendien und es lohne sich wahrlich nicht, noch ein Jahr das Gastärzteproblem weiterzuführen. (Zwischenrufe von der SPÖ. Stadtrat Resch: Erzählen Sie das auch in Niederösterreich? Der Vorsitzende ruft zur Ordnung.)

Abschließend richtet der Redner an den Gemeinderat den Appell, ohne Leidenschaft zusammenzuarbeiten und die Lösung dieses Problems herbeizuführen.

Er beschäftigt sich dann mit dem Problem des Schulärzteswesens, das, wie er ausführte, in allen Ländern als unzureichend empfunden wird. Es sei unumstritten, daß in der schulärztlichen Tätigkeit viele Krankheiten verhindert werden können. Die Ärztekammer, sagte er, habe sich bereit erklärt, Ärzte für den schulärztlichen Dienst in einem Wintersemester auszubilden. Sie ist der Ansicht, daß diese Ärzte dann bei der Schule als Schulärzte auch bleiben sollen. Er regt eine Angleichung der Wiener Schulärzte an die in den Mittelschulen tätigen Ärzte an, die bei kürzerer Arbeitszeit auch

besser honoriert werden.

Zum Schluß seiner Ausführungen bezeichnet der Redner die Errichtung einer zentralen Rheumastelle als eine dringende Notwendigkeit. Dasselbe gilt auch für die Altersabteilungen, die jedem Krankenhaus angegliedert werden sollten. Im Alter gibt es eine Menge Krankheiten, die einer speziellen Behandlung bedürfen. Die in den letzten Jahren erfolgreich arbeitenden Altersabteilungen in den städtischen Altersheimen Lainz und Baumgarten verdienen volle Anerkennung.

Der Redner bemängelt die dürftige Unterbringung der Trinkerheilstätte am Steinhof und setzt sich für die Schaffung einer eigenen Anstalt für Trunksüchtige ein. Auch dem Trinkerproblem in den Lungenheilstätten müßte mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Vor allem müßte man Gaststätten in der Umgebung der Heilstätten abschaffen. Der Redner spricht sich scharf gegen die Existenz solcher Schnapsbuden aus, die, wie festgestellt werden konnte, auch an Schwerbetrunkene Alkohol verkaufen. In der Frage des Alkoholismus richtet er an den Gemeinderat den dringenden Appell, keine Vogelstrauß-Politik zu betreiben und sich ernstlich zu bemühen, im Interesse der Jugend Maßnahmen zu ergreifen. Er setzt sich dann ein für die Schaffung von zahnärztlichen Stationen in Lungenheilstätten sowie für den Ausbau der städtischen Radioumstation in Lainz. Die Absicht, aus dem ehemaligen Brigittaspital ein Schülerinternat zu machen, bezeichnet er als paradox. Sein Vorschlag geht dahin, dieses Objekt für ein chirurgisches Volkssanatorium zur Verfügung zu stellen. Zuletzt beschäftigt er sich mit der Schwangerenfürsorge und regt die Errichtung einer zentral geführten Stelle an, die sich mit dem Geburtenproblem beschäftigen sollte. Er sei überzeugt, daß durch eine gute Schwangerenfürsorge auch die Säuglingssterblichkeit herabgesetzt werden könnte.

GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ) beschäftigt sich mit einzelnen Problemen der Wiener Gesundheitsverwaltung. Sie unterstützt den Wunsch von Prof. Schönbauer im alten Allgemeinen Krankenhaus einen Pavillon zu errichten, da dieser bei der wachsenden Zahl von Unfällen dringend benötigt wird.

Zum Schwesternproblem meinte die Rednerin, sie sei nicht der Ansicht, daß die Schwestern unbedingt in einem Internat untergebracht werden müßten. Schließlich leben ja auch die Ärzte nicht in einem Internat.

Gemeinderätin Schlinger begrüßt den Ausbau der Schwangerenfürsorge und die Betreuung der schwangeren Frauen. Im Zentralkinderheim haben sich die Verhältnisse in erfreulicher Weise grundlegend geändert. Die erzieherischen Maßnahmen haben dort gute Früchte getragen.

Die Rednerin bedauert, daß die Zahl der Trinker ständig steigt und wendet sich in diesem Zusammenhang gegen die Alkoholreklame.

Bei den Lehrlingsheimen konnte der Platzmangel noch immer nicht beseitigt werden. Die Rednerin ersucht, man möge die Freizeitgestaltung der Lehrlinge besser vorbereiten. In den Heimen müßten Sportgeräte zur Verfügung gestellt werden. Ein Problem stellt auch die Unterbringung der Lehrlinge dar, wenn die Lehrzeit zu Ende ist. Von 123 ausgetretenen Lehrlingen konnten nur 57 zu ihren Angehörigen gehen.

Bei der Besprechung der Altersheime dankt Gemeinderätin Schlinger Stadtrat Riemer dafür, daß er im Altersheim Lainz mehr Personal zur Verfügung gestellt hat. Sie begrüßte es auch, daß im neuen Bauprogramm 200 neue Wohnungen für alte Leute vorgesehen sind.

Bei den Obdachlosenheimen regt die Rednerin an, daß auch die privaten Hausherren zur Lösung des Obdachlosenproblems beitragen sollten. Sie sollten den Obdachlosen freie Wohnungen ohne Ablöse zur Verfügung stellen.

Abschließend stellt die Rednerin fest, die Tatsache, daß die Ansätze des Budgets des Gesundheitswesens von Jahr zu Jahr steigen, beweist, daß die Gemeinde sich ihrer Verantwortung auf diesem Gebiete bewußt ist. Im Namen ihrer Fraktion gibt sie die Zustimmung zu den Ansätzen.

GR. Schiller (SPÖ) hat sich als nächster Redner zu Worte gemeldet, um im Namen von Stadtrat Riemer zu den Vorwürfen des ÖVP-Debattenredners Stellung zu nehmen. Er stellt fest, daß im Referat von Stadtrat Riemer gestern keinerlei Beleidigung irgendeiner Gruppe der Ärzte zu verzeichnen war. Die von Dr. Eberle geäußerte Kritik bezeichnete GR. Schiller als eine Entgleisung. Er stellt ferner fest, daß die Vertreter der Gastärzte bei den ersten Verhandlungen mit der Gemeinde übereingekommen sind, eine Kommission zu bilden. Diese Kommission soll prüfen, wieviele zusätzliche Arztposten in den einzelnen Anstalten planmäßig erstellt werden können. Diese einvernehmlich eingesetzte Kommission ist bereits an der Arbeit. Sie wird versuchen, in kürzester Zeit ihre Aufgabe zu bewältigen. Auf Grund des Ergebnisses der Untersuchungen sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

GR. Schiller betont auch nachdrücklich, daß es außerhalb Wiens in keinem Bundesland und in keiner österreichischen Stadt Gastärzte gibt. Die Gemeinde Wien hat sich entschlossen, um einer sozialen Notlage bei den jungen Ärzten zu steuern, die Einrichtung der Gastärzte einzuführen; dies zu dem Zweck, um den Ausbildungsgang der jungen Ärzte nicht zu hemmen. Daher ist das Verlangen nicht verständlich, daß sämtliche jungen Ärzte in Dauerposten in Gemeindespitäler der Gemeinde übernommen werden sollen. Im März 1956 hat Dr. Eberle in einem Schreiben mitgeteilt, daß die Frage der Gastärzte zufriedenstellend gelöst worden sei. Wenn inzwischen neue Probleme aufgetaucht sind, so ist die Gemeinde Wien jederzeit bereit, diese Probleme in Verhandlungen zu klären. Er sei überzeugt, sagte GR. Schiller, daß ein Weg gefunden werden wird, um die Dinge einvernehmlich zu klären. (Beifall bei der SPÖ.) Als Gewerkschafter, so schloß der Redner, könne er allerdings nicht die Taktik der Ärzte verstehen. Die Gewerkschaft beginne mit Aktionen grundsätzlich immer erst dann, wenn alle Verhandlungen gescheitert sind.

Vizebürgermeister Weinberger dankt in seinem Schlußwort den Debattenrednern für ihre sachlichen Ausführungen. Wenn man GR.Dr. Eberle hätte ausreden lassen, wäre es auch nicht zu dieser kleinen Störung gekommen, stellte er fest. Die Anregungen der Frau Gemeinderat Schlinger werde er gerne aufgreifen und sie, so weit es möglich ist, erfüllen. Zu einzelnen von ihr erwähnten Punkten ist zu sagen, daß die Errichtung eines Ersatzpavillons für die Klinik Schönbauer sicherlich erfreulich wäre. Was sie über die Gersthofer Klinik gesagt hat, trifft auch auf andere Kliniken zu. Langsam ist eine Aufwärtsentwicklung der Geburten-sätze eingetreten. Sehr zu unterstreichen ist der Wunsch nach Errichtung eines Gesellenheimes. Auch er habe es immer sehr drückend empfunden, daß die braven jungen Leute, wenn sie die Lehrlingsheime verlassen müssen, nicht wissen, wo sie unterkommen sollen. Es ist zu hoffen, daß die Errichtung eines Gesellenheimes bald möglich gemacht werden wird. Die Stellungnahme zum Alkoholiker-problem müsse er gleichfalls unterstreichen. Alkoholausschank an Jugendliche müßte verhindert werden. Es ist sicherlich kein guter Zustand, daß vor den Krankenanstalten Schnapsbuden und Wirtshäuser stehen. Es wäre wünschenswert, sie von dort wegzubringen.

GR. Schiller habe in Vertretung des Stadtrates Riemer eine Erklärung abgegeben, die am Ende versöhnlich war. Bei einigem guten Willen werden die noch schwebenden Fragen des Gastärzte-problems gelöst werden können. Die Gastärzte haben fleissig und gut gearbeitet und sich ihr Stipendium wirklich verdient. Dr. Eberle wollte nichts anderes sagen. Wenn man verhandelt und sich verständigt, wird man auch dieses Problem lösen.

Für die Anerkennung, die GR.Dr. Eberle ihm und seiner Gruppe gezollt hat, danke er herzlich. Seine übrigen Ausführungen könne er nur unterstreichen. Bei der Schwesternfrage handle es sich nicht um ein Wiener, sondern um ein europäisches, ja sogar Welt-problem. Es kann natürlich nur langsam und stufenweise gelöst werden. Die Anregungen bezüglich der Ausbildung der Schwestern sollen aufgegriffen werden. Auch die Anregung, die Radium-

abteilung in Dainz auszugestalten, habe er vorgemerkt.

Abschließend dankt Vizebürgermeister Weinberger allen für die sachliche Debatte und bittet, auch im nächsten Jahr im Interesse der kranken Mitbürger zusammenzuarbeiten.

Die zwei eingereichten Anträge empfiehlt der Referent zur Ablehnung. Der Heilstätte Alland wurde ja selbstverständlich für ihre Mithilfe bei den Schirmbilduntersuchungen bereits gedankt. Im übrigen bitte er, den Ansätzen die Zustimmung zu geben. Es ist auf dem Gebiete des Gesundheitswesens viel geschehen. Wenn alle zusammenhelfen, werden auch noch die vorhandenen großen Aufgaben gelöst werden können. (Beifall)

Bei der Abstimmung wurden die Ansätze ohne die Stimmen der VO angenommen. Die Anträge des GR.Dr. Christoph (VO) wurden gegen die Stimmen der VO abgelehnt.

- - -

## 6. Hauptstück: Bauangelegenheiten

=====

Der Berichterstatter für das 6. Hauptstück - Bauangelegenheiten - ist Stadtrat Thaller (SPÖ). Wie er einleitend feststellt ist Wien durch seine Maßnahmen im sozialen Städtebau wieder in das internationale Blickfeld gerückt. Eine besondere Anerkennung für die Leistungen der Gemeindeverwaltung auf dem Gebiete des Bauens war die Verlegung der letzten Internationalen Städtebaukongresses nach Wien.

Im Rahmen des Kongresses erfolgte die Grundsteinlegung zur 50.000. Wohnung nach dem zweiten Weltkrieg und die Übergabe der 100.000. Gemeindewohnung seit Beginn des sozialen Wohnbauprogramms.

### Sozialer Städtebau

Dem städtebaulichen Planungsgedanken wird die Stadt in Zukunft ein gesteigertes Augenmerk zuwenden. Die Zeit wird allmählich reif, den sozialen Städtebau in die Tat umzusetzen. Niemals hat die Stadt Wien in den letzten 40 Jahren zu gleicher Zeit so bedeutsame allgemeine kommunale Bauwerke in Arbeit gehabt als in diesen Jahren. Wir betreiben daher in der Praxis schon den sozialen Städtebau auf breitester Basis, wir schaffen schon ganz real an einem neuen schöneren Wien.

Stadtrat Thaller spricht unter allgemeinem Beifall des Gemeinderates den Angestellten der Stadtbaudirektion und vor allem der erfolgreichen und niemals erlahmenden Tätigkeit des Stadtbau direktors Dipl.-Ing. Hosnedl, allen Bediensteten der Verwaltungsgruppe, den Ingenieuren und Technikern sowie den Mitarbeitern seines Sekretariats Anerkennung und Dank aus, die alle ihre Anstellung nicht als Erwerb, sondern als Beruf im wahrsten Sinn des Wortes betrachten.

### Sanierung der Inneren Stadt und Floridsdorfs

Von größeren Arbeiten der Stadtplanung erwähnt der Stadtrat den Ideenwettbewerb für die Sanierung eines Teiles der Inneren Stadt.

Das Viertel zwischen Singerstraße, Blutgasse, Domgasse und Grünangergasse soll als eines der ersten der Verfallsgebiete von Wien assaniert werden.

Ein zweiter großer Ideenwettbewerb wurde für die Neugestaltung eines Teiles des 21. Bezirkes, für Floridsdorf-Jodlesee, ausgeschrieben.

Auch die Assanierung von Alt-Ottakring und die Assanierung von Alt-Erdberg ist geplant.

Unter weiteren größeren Planungsaufgaben befindet sich der Ausbau der Lobau als Erholungsgebiet und die verkehrs- und städtebauliche Lösung des Karlsplatzes.

#### Wien beschäftigt Architekten und Künstler

Im Rahmen des Wohnbauprogrammes 1956 waren 116 freischaffende Architekten und fünf Amtsarchitekten mit der Planung von 57 Bauprojekten befaßt, die zusammen 5.695 Wohnungen vorsahen. Für das Wohnbauprogramm 1957 sind bis jetzt ebenfalls schon 163 Privat- und fünf Amtsarchitekten mit der Planung von 75 Bauprojekten, die 6.536 Wohnungen ergeben werden, beauftragt. Für die künstlerische Ausschmückung der Bauwerke sind auch heuer wieder 95 Bildhauer und Maler herangezogen worden, die 137 künstlerische Arbeiten zur Durchführung übertragen bekamen. Die Gemeinde hat weiter im Rahmen eines Wettbewerbes den Wiener Architekten die Möglichkeit gegeben, neue Grundrisse für den sozialen Wohnungsbau zu schaffen.

#### Vorbild für das Ausland

Wir können - betont Stadtrat Thaller - ohne Überhebung sagen, daß unsere Typengrundrisse im sozialen Wohnungsbau nicht nur alle Vergleiche mit dem Ausland aushalten, sondern darüber hinaus als beispielgebend für die Entwicklung der Wohnkultur angesehen werden können. Die maschinell eingerichteten Waschküchen werden nunmehr, mit Gasmünzeinwurfautomaten ausgestattet.

Bei allen Wohnhausanlagen werden Abstell- und Einstellplätze für Personenkraftwagen, Motor- und Fahrräder sowie Kinderwagen geschaffen.

Sehr intensiv befaßt sich die Gemeinde mit der Frage, wie die alten Menschen unserer Stadt in Zukunft wohnen sollen. Mit der Errichtung von Heimstätten für alte Menschen glauben wir den ersten Schritt auf dem Wege zur Lösung dieses Problems getan zu haben. Im Laufe der nächsten zwei Jahre werden 16 weitere Heimstätten für alte Leute geschaffen werden.

#### Mangel an Bauarbeitern

Auch heuer standen für die termingerechte Erfüllung des Bauprogramms nicht immer ausreichend Arbeitskräfte zur Verfügung. Im Vorjahr wurde auf 1.531 Baustellen des Stadtbauamtes ein Höchststand von 15.826 Beschäftigten registriert, heuer hat sich auf 1.664 Baustellen ein Höchststand von 16.326 Beschäftigten ergeben. In diesem Jahre konnten an 3.870 Unternehmungen Aufträge mit einer Gesamtauftragssumme von rund einer Milliarde Schilling vergeben werden.

Mit Genugtuung sei festgestellt, daß viele Gewerbebetriebe und viele Arbeiter trotz der schwierigen Situation, manchmal sogar unter Verzicht auf größere Gewinne oder Verdienste, der Gemeinde die Treue gehalten und unter oft schwierigsten Verhältnissen eine mustergültige Arbeitsleistung vollbracht haben. (Allgemeiner Beifall.)

Die Gemeinde war auch in diesem Jahr bestrebt, den Arbeitern und Betrieben im Rahmen des Winterbauprogramms Arbeitsplatz und Beschäftigung zu erhalten. Es gibt daher jetzt in Wien weniger Arbeitslose als im Vorjahr. Die Bautermine sind so erstellt, daß eine möglichst gleichmäßige Beschäftigung während des ganzen Jahres gesichert erscheint.

Die in den Vorjahren gesammelten Erfahrungen mit den Thermobloc-Heizgeräten waren so zufriedenstellend, daß die Gemeinde auch für den Winter 1956/57 wieder 40 große und 10 kleine ölgefeuerte Geräte sowie 30 Gaswarmluftgeräte auf den Bauten verwendet.

#### Der soziale Wohnbau

Das Herzstück des Bauwesens wird auch im kommenden Jahr der kommunale soziale Wohnungsbau sein. Für diese Aufgaben sind im Budget 480 Millionen Schilling vorgesehen. Mit diesem Betrag ist einerseits die bezugsreife Fertigstellung von ungefähr 6.000 Neubauwohnungen gesichert, andererseits die Fortführung von weiteren rund 5.000 bereits im Bau befindlichen Wohnungen garantiert. Außerdem soll der Bau von 5.000 neuen Gemeindewohnungen in Angriff genommen werden. Unser repräsentativstes Wohnhaus, das 20stöckige Hochhaus auf dem Matzleinsdorfer Platz, steht vor der Vollendung und wird im Frühsommer bezugsfertig sein.

Die mechanische <sup>Moderne Waschküchen</sup> ~~Waschkücheneinrichtung~~ mit Gasheizung hat sich ausgezeichnet bewährt. Schon die ersten Versuche hatten ergeben, daß diese Konstruktion den Waschttag der Hausfrau wesentlich verbilligt und verkürzt hat. Die Gemeinde Wien ist damit der größte Auftraggeber der Waschmaschinenherzeuger geworden und verwendet ausschließlich österreichische Erzeugnisse. Die Gemeinde wird aber auch mit der Modernisierung der Waschküchen in den älteren Wohnhausanlagen beginnen. Bis Ende 1957 sollen rund ein Viertel aller Waschküchen ebenfalls mit Münzautomaten-Waschmaschinen ausgestattet sein.

Der für die Durchführung von Sofortmaßnahmen und Ersatz-ausführungen für das Jahr 1956 bewilligte Kredit in der Höhe von fünf Millionen Schilling wird bis zum Ende des Rechnungsjahres voraussichtlich nur zu 70 Prozent aufgebraucht werden. Von den durch die Baubehörde beantragten Ersatzvornahmen gelangten tatsächlich nur etwa ein Fünftel zur Durchführung.

Das hat seine Ursache darin, daß die voraussichtlichen Kosten der Ersatzvornahme den dazu Verpflichteten unter Androhung der Exekution zur Vorauszahlung vorgeschrieben und infolge-dessen die beantragten Arbeiten in vielen Fällen im letzten Augenblick von dem Eigentümer selbst durchgeführt wurden. Im Voranschlag für das Geschäftsjahr 1957 wurden für diese Zwecke 3,5 Millionen vorgesehen.

### Die Großbaustellen der Gemeinde

Stadtrat Thaller berichtete dann über den gegenwärtigen Stand der Arbeiten auf drei städtischen Großbaustellen. Das Museum der Stadt Wien am Karlsplatz ist im Rohbau fertig, die Arbeiten für die Wiener Stadthalle gehen planmäßig vorwärts. Die Eishalle auf dem Voglweidplatz wird bis Jahresende im Rohbau fertig sein. In der Haupthalle selbst sind die Innenarbeiten im Gange. Die Furlaleindeckung am Mittelteil des Hallendaches ist beendet. Die Eindeckung über den beiden Tribünen soll noch heuer fertiggestellt sein.

Die Aufstockungsarbeiten im Wiener Stadion wurden programmgemäß in Angriff genommen, die Nachtbeleuchtungsanlage termingemäß vollendet. Der Sektor B wird voraussichtlich im Juni, der Sektor E im Oktober 1957 fertig sein. Mit der Fertigstellung der Sektoren C und D kann für den Sommer 1958 gerechnet werden. Ende 1958, nachdem auch die Sektoren A und F aufgestockt sein werden, wird der Fassungsraum des Stadions um 10.600 Sitzplätze und 32.300 Stehplätze größer sein.

Im Stadionbad ist die Erneuerung der Warmwasserbrausen und der Aushub für ein neues Schwimmbecken durchgeführt worden. Das neue Schwimmbad wird im kommenden Sommer in Betrieb genommen werden. Die Einrichtung für ein Wellenbad ist baulich berücksichtigt.

### Neue Schulen

Die neue Schule auf dem Czerninplatz und die im Rohbau fertiggestellte Schule in Stammersdorf sind die bedeutendsten Schulneubauten des abgelaufenen Jahres. In Hadersdorf-Weidlingau wird im nächsten Jahr ein neuer Schulbau mit 16 Klassen in Angriff genommen.

Auf den Gründen des baufälligen Czartoryski-Schlössels in Währing soll eine große Schule für körperbehinderte Kinder mit 20 Klassen errichtet werden. In Floridsdorf in der Siemensstraße wird der vorhandene Schulbau durch einen Zubau mit 12 Klassen erweitert. Unter den wichtigsten Arbeiten, die im Adaptierungsprogramm in den Wiener Schulen durchgeführt werden, nannte er die Verbesserung der sanitären Anlagen und der Heizanlage sowie die Errichtung von Brausebädern. In Hietzing ist der Bau des zweiten Jugendgästehauses der Stadt Wien begonnen worden.

Im abgelaufenen Jahr sind weitere sechs Kindergärten ihrer Bestimmung übergeben worden. Neun Kindergärten befinden sich im Bau. Am Jahresende sind zwei Kindergärten neu begonnen worden und für das nächste Jahr ist ein weiterer Neubau vorgesehen.

Am Laaer Berg wird auf einer Fläche von 35.000 Quadratmetern ein Sommerbad für 6.000 Besucher in Angriff genommen. Auch hier ist die Errichtung einer Wellenbadanlage vorgesehen. Nach dem modernen Theresienbad, das im heurigen Sommer der Benutzung übergeben wurde, wird somit Wien ein weiteres großes Sommerbad erhalten.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurden am Zentralviehmarkt und sieben weiteren Wiener Märkten verschiedene Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Nach der Fertigstellung der Hauptfeuerwachen Am Hof und in Hernals wurde mit dem Wiederaufbau der Feuerwache Döbling begonnen. Die Kuppel der Urania-sterntwarte präsentiert sich wieder wie einst im Wiener Stadtbild.

Für die Vorarbeiten zum Neubau des Allgemeinen Krankenhauses zwischen Lazarettgasse und Währinger Gürtel wurde im Budget vorgesorgt und schon in Kürze werden Architekten zur Planung aufgefordert. Stadtrat Thaller bedauerte, daß die sich hin-

ziehenden Verhandlungen über die Anzahl der klinischen Betten, die zwischen der Medizinischen Fakultät, dem Unterrichtsministerium und dem Finanzministerium zu führen waren, einen größeren Fortschritt in der Planung verhinderten.

Unter den vielen Arbeiten, die nicht im Voranschlag der Verwaltungsgruppe VI aufscheinen, weil die finanziellen Mittel hierfür von anderen Gruppen beigestellt werden, führte er eine Reihe von Zweckbauten sowie Erhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten auf. Für diese Arbeiten wurde eine Viertel-milliarde Schilling ausgesetzt. Im abgelaufenen Jahr wurden Objekte der Hoheitsverwaltung, Kindergärten, Feuerwachen, Dutzende von Schulen sowie eine große Anzahl von Objekten der Denkmalpflege adaptiert. In Erziehungsheimen in der Kinderübernahmestelle, in Lehrlingsheimen, im Zentralkinderheim, in Tageserholungsstätten und Horten und in letzter Zeit auch in Flüchtlingslagern wurden laufend Erhaltungsarbeiten durchgeführt. Das Preyer'sche Kinderspital erhielt einen Stockwerksaufbau, das Krankenhaus Floridsdorf einen neuen Mitteltrakt und einen Operationstrakt. Auch im Franz Joseph-Spital und anderen Wiener Spitälern sind umfangreiche Arbeiten durchgeführt worden.

Zu den laufenden Erhaltungsarbeiten gehört unter anderem auch der Umbau von Heizanlagen sowie die Erneuerung der Gas-, Wasser- und Elektroinstallationen. Die beiden mit diesen Aufgaben beauftragten Magistratsabteilungen leisten auf ihrem Gebiete wirkliche Reformarbeit.

Für die Erhaltung der städtischen Wohnhäuser werden im nächsten Jahr fast 62 Millionen aufgewendet. Im laufenden Jahr wurden die Instandsetzungen an allen Zwischenkriegsobjekten fortgesetzt, wobei weitgehend auf eine Generalinstandsetzung der Bauten Rücksicht genommen wurde.

Gürtel wird nächstes Jahr Einbahn

Ganz große Aufgaben sind auch im Sektor des Straßenbaues gestellt. Fast 120 Millionen Schilling haben die Wiener Straßen im Jahre 1956 gekostet. Beinahe zwei Millionen Quadratmeter Fahrbahnen und 386.000 m<sup>2</sup> Gehsteige wurden instandgesetzt und verbessert. An 40 verschiedenen Stellen im engeren Stadtgebiet wurden große Umbauten vorgenommen. In den Siedlungsgebieten am Stadtrand wurden mehr als eine halbe Million Quadratmeter Siedlungsstraßen instandgesetzt.

Die Straßenregulierungsarbeiten, die heuer an der Kreuzung der Währinger Straße mit dem Gürtel durchgeführt wurden und die Ausarbeitung der Projekte für den Umbau der inneren und äußeren Gürtelstraße in den Bereichen Urban Loritz-Platz - Hütteldorfer Straße, bei der Josefstädter Straße - Friedmangasse und zwischen Jörgerstraße - Kinderspitalgasse, die im nächsten Jahr durchgeführt werden, ermöglichen durch gleichzeitige Verlegung der Straßenbahngleisanlagen im nächsten Jahr die Einbahn-erklärung des Gürtels zwischen Gumpendorfer Straße und Lichtenwerderplatz. An der Berechnung der "Grünen Welle" wird gearbeitet. Unter der Ringturmkreuzung, die kommenden Jahr umgebaut wird, wird ein Fußgängertunnel gebaut. In Fertigstellung ist der Entwurf der Verkehrsplanung Karlsplatz - Opernkreuzung.

Verkehrsplanungskommission tritt demnächst zusammen

Auch die Radialstraßen werden verbessert werden. Die Lerchenfelder Straße und zum Teil die Hernalsner Hauptstraße kommen im nächsten Jahr dran. Versuchsweise sollen in einem begrenzten Teil unserer Stadt das wechselseitige Parken eingeführt und Parkometer aufgestellt werden. Die Vorarbeiten für die Bildung der Verkehrsplanungskommission sind so weit fortgeschritten, daß mit deren Zusammentritt in allernächster Zeit gerechnet werden kann.

Die Autobahneinfahrt

Ein wichtiges Problem ist das der Autobahneinfahrt nach Wien. Auf unser Drängen hat sich das Ministerium bereit erklärt, auf unsere Vorschläge einzugehen. Der Herr Minister persönlich hat zugesagt, daß die beiden projektierten Einfahrten, nämlich die Westtrasse und die Heiligenkreuzertrasse, gebaut werden. Der Entwurf der Linienführung der Westtrasse wurde zur Stellungnahme übergeben. Leider müssen wir feststellen, daß es gerade jener Entwurf ist, der aus den verschiedensten Gründen abzulehnen ist.

Überhaupt können wir auf die Dauer nicht akzeptieren, daß von den 8.350 km Bundesstraßen nur 15 km auf das Land Wien entfallen, während immer neue Landesstraßen zu Bundesstraßen erklärt werden.

Auch beim Ausbau des Wiener Hafens und beim Schutzwasserbau müssen wir eine ähnliche Haltung des Bundes feststellen. Die Wasserbau- und Hafenbeiträge des Bundes sind für Wien von 60 Prozent auf 40 Prozent gekürzt worden. Im vergangenen Jahr sind auf dem Sektor Verkehrswasserbauten verschiedene Arbeiten durchgeführt worden. In den Häfen Albern und Freudenau wurden die vorgesehenen Arbeiten fortgesetzt. Im Hafen Lobau ist die Schaffung einer Beleuchtungsanlage und einer hochwasserfreien Zufahrt vorgesehen. Mit dem Bau einer großen Straßenbrücke, die die Häfen Freudenau und Albern verbindet, ist begonnen worden. Die Gesamtkosten werden 35 Millionen Schilling erfordern; das Projekt wird voraussichtlich 1958 beendet sein.

Der Personentunnel unter der Ostbahn in Stadlau wird im Frühjahr der Benützung übergeben werden können.

Im Schutzwasserbau wird die Regulierung des Liesingbaches fortgesetzt werden. Für die Erhaltung, bezw. Wiederherstellung und für Neubauten im Brücken- und Wasserbau sind im Budget 1957 50,3 Millionen Schilling vorgesehen, das ist um vier Millionen Schilling mehr als heuer.

### Die Wiener Gärten

Den Gartenanlagen Wiens gilt unsere besondere Obsorge. Wir haben rund 12,3 Millionen Quadratmeter Gartenflächen zu erhalten, das bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs von rund 500.000 Quadratmetern. Im laufenden Jahr wurden 29 Gartenanlagen umgestaltet und verbessert und 15 Ballspielplätze errichtet. In acht öffentlichen Gartenanlagen wurden mehr als 32.000 Quadratmeter Wege und Spielplatzflächen neu hergerichtet und befestigt.

Im Jahre 1957 werden wieder eine Anzahl von Grünflächen in verschiedenen Bezirken errichtet werden. Die Aufwendungen für unsere Gärten sind groß. Der Gesamtaufwand im Jahre 1956 betrug mehr als 61 Millionen Schilling, und im Jahre 1957 ist er mit über 65 Millionen Schilling veranschlagt.

### 1,150.000 Tonnen Baustoffe

Für die reibungslose Abwicklung unseres Bauprogrammes benötigen wir sehr bedeutende Mengen von Baustoffen. Aber nur jene Materialien, die bei Großabnahme billiger sind oder an denen Mangel herrscht, kaufen wir in eigener Regie. In diesem Jahr haben wir insgesamt 1,150.000 Tonnen Baustoffe beschafft. Diese Menge würde einen gigantischen Eisenbahnzug ergeben, dessen Länge die Strecke Wien - Köln ausfüllen könnte.

Fortschrittliche Generalhaltung  
Abschließend sagte Stadtrat Haller, es schien sinnvoll, dem Gemeinderat die große Linie aufzuzeigen, die uns vorschwebt, um eine gesunde und soziale städtebauliche Entwicklung zu verbürgen. Darum ist das Inkrafttreten der neuen Bauordnungs-Novelle im Interesse einer klaren Haltung in Fragen der Stadtentwicklung besonders zu begrüßen. Im Sinne dieser neuen Bestimmungen werden die Arbeiten am Flächenwidmungs- und Bebauungsplan durchgeführt werden.

So werden wir mit einer bewußt fortschrittlichen, modernen Generalhaltung in allen Fragen der Bauverwaltung ins neue Wirtschaftsjahr gehen. Der Gedanke der Planung eines schöneren Wien, gewinnt immer mehr an Raum, Berechtigung und Aktualität!

Ich möchte meine Ausführungen nicht beenden, ohne allen Mitgliedern des Gemeinderatsausschusses VI für ihre Mitarbeit gedankt zu haben und bitte sie auch im kommenden Jahr um ihre bewährte Mitarbeit, damit wir im Interesse der Bewohner unserer Stadt das uns vorschwebende Ziel erreichen können. Denn: So wie wir bauen, so werden wir in Zukunft leben! (Allgemeiner Beifall.)

Der Vorsitzende, GR. Marek, unterbricht kurz nach 19 Uhr die Sitzung. Die Budgetberatungen werden morgen, Mittwoch, um 9 Uhr, mit der Debatte über das 6. Hauptstück - Bauwesen - fortgesetzt werden.

- - -